

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Haushalt 2023

Vorbericht





Gr. Kreisstadt Fürstfeldbruck
Haushalt 2023



Inhaltsverzeichnis

1 Vorbericht	4
1.1 Allgemeines	4
1.1.1 Gesetzliche Grundlagen	4
1.1.2 Rahmenbedingungen zur Haushaltsplanaufstellung	4
1.1.3 Auswirkung der Salden im Ergebnis- und Finanzplan auf die Bilanz	7
1.2 Allgemeine Entwicklungen	7
1.2.1 Bevölkerung	8
1.2.2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt	9
1.3 Übersicht über die Haushaltslage	11
2.4 Erträge	12
1.4.1 Steuern	14
2.4.2 Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen	17
1.4.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18
1.4.4 Sonstige Ertragsarten	19
1.5 Aufwendungen	20
2.5.1 Personalaufwand	22
1.5.2 Sach- und Dienstleistungsaufwand	23
2.5.3 Transferaufwendungen	24
2.5.4 Abschreibungen	27
2.5.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	28
2.6 Ergebnis	29
2.7 Finanzplan	30
2.7.1 Investitionstätigkeit	31
2.7.2 Finanzierungstätigkeit	32
2.8 Bilanz - Entwicklung von Vermögen und Schulden	33
2.9 Beurteilung der Stadtkämmerei	34



Gr. Kreisstadt Fürstfeldbruck
Haushalt 2023



1 Vorbericht

1.1 Allgemeines

1.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Nach § 6 der Kommunalhaushaltsverordnung (KommHV-Doppik) soll der Vorbericht einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes geben und die Entwicklung und aktuelle Lage darstellen. Der Vorbericht soll eine durch Kennzahlen gestützte, wertende Analyse der Haushaltslage und ihrer voraussichtlichen Entwicklung enthalten.

Insbesondere soll dargestellt werden, welche wesentlichen Ziele und Strategien verfolgt werden und welche Änderungen gegenüber dem Vorjahr eintreten, wie sich die wichtigsten Erträge und Aufwendungen, die Einzahlungen und Auszahlungen, das Vermögen und die Verbindlichkeiten entwickelt haben und im Haushaltsjahr entwickeln werden.

Vergleichszahlen:

Soweit „Median“-Werte angegeben sind, beziehen sich diese auf nach Einwohnerzahlen vergleichbare kreisangehörige Städte in Bayern ($n_{\max}=27$).

1.1.2 Rahmenbedingungen zur Haushaltsplanaufstellung

Grundtendenzen der Konjunkturlage

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte im Schlussquartal 2022 in etwa stagniert haben und übertraf damit frühere Erwartungen. Die jüngsten Datenveröffentlichungen fielen insgesamt besser aus als in der Dezember-Projektion unterstellt worden war. Die hohe Inflation und Unsicherheit mit Blick auf den Ukrainekrieg lasteten im Herbstquartal zwar auf der Wirtschaft, aber die Lage an den Energiemärkten entspannte sich im Vergleich zum Sommer merklich. Zudem wurden weitere fiskalische Maßnahmen ergriffen, welche die öffentlichen und privaten Haushalte und Unternehmen teilweise von hohen Energiekosten entlasten. Des Weiteren verloren die Lieferengpässe in Industrie und Bau an Gewicht. In der Folge hellte sich das Geschäftsklima gemäß Umfragen des ifo Instituts im Verlauf des Quartals auf. Sowohl in der Industrie als auch im Bau stieg den bis November vorliegenden Daten zufolge die Produktion. Die hohe Inflation dämpfte jedoch die Kaufkraft der privaten Haushalte. Im Mittel von Oktober und November sanken die Umsätze sowohl im Einzelhandel als auch im Gastgewerbe preisbereinigt deutlich gegenüber dem Sommerquartal. Ein positiver Impuls ging dagegen von den Kfz-Käufen aus. Die Kfz-Zulassungen stiegen gemäß Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) im Herbstquartal äußerst kräftig. Hierzu trugen auch vorgezogene Käufe bei, da Ende 2022 die staatliche Förderung für Plug-in-Hybride auslief und für elektrische Fahrzeuge abgesenkt wurde.

Im Gesamtjahr 2022 stieg das reale BIP den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge gegenüber dem Vorjahr um 1,9% (kalenderbereinigt 2,0%). Damit übertraf es wieder leicht den Vorpandemiestand. Die wirtschaftliche Erholung wurde durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geschwächt. Dieser führte zu neuen Problemen in den Lieferketten. Die durch den Krieg weiter verstärkte Inflation und die Verunsicherung über die Energieversorgung belasteten die Unternehmen und die privaten Haushalte. Der private Konsum legte dennoch kräftig zu, denn die Aufhebung der meisten Corona-Schutzmaßnahmen führte zu starken Aufholeffekten. Getragen wurde das Wirtschaftswachstum auch von den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen. Dagegen gingen die Bauinvestitionen vor dem Hintergrund hoher Baupreise und kräftig gestiegener Bauzinsen zurück.



Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsanstieg fiel in saisonbereinigter Rechnung im November 2022 wieder stärker aus als in den Monaten des Sommerhalbjahres. Ein nennenswerter negativer Einfluss des seit dem 1. Oktober kräftig erhöhten Mindestlohns ist nicht erkennbar. Vielmehr scheint angesichts der günstiger als zuletzt erwarteten wirtschaftlichen Lage und Perspektiven wieder mehr Optimismus in den Betrieben vorzuherrschen. Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich um 50 000 Personen gegenüber dem Oktober. Die erste Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei den sozialversicherungspflichtigen Stellen – diese reicht erst bis Oktober – fällt allerdings vergleichsweise schwach aus. Hier gab es nur ein geringes Plus gegenüber dem September 2022. Dagegen stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten den dritten Monat in Folge vergleichsweise stark. Wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit wurde im Oktober wohl wieder etwas öfter genutzt als in den beiden Vormonaten. Das Niveau der Inanspruchnahme ist jedoch weiterhin moderat. Die Frühindikatoren sprechen für eine leicht positive Beschäftigungsentwicklung in den kommenden Monaten. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Dezember saisonbereinigt leicht um 13 000 Personen auf 2,52 Millionen Personen ab. Die zugehörige Quote hat sich rundungsbedingt nicht verändert und blieb auf dem Stand von 5,5%. Ein Teil des Rückgangs ist den ukrainischen Flüchtlingen zuzuschreiben, da diese mit der Aufnahme eines Sprach- oder Integrationskurses wegen fehlender Arbeitsmarktverfügbarkeit aus der Arbeitslosenstatistik fallen. Die gesamte Unterbeschäftigung weist dagegen eine geringe Zunahme auf. Hier werden Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und von Integrationsmaßnahmen mitgezählt. Die Arbeitslosigkeit könnte angesichts der vielen zu integrierenden Personen trotz positiver Beschäftigungsentwicklung in den nächsten Monaten tendenziell steigen. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit hat sich zwar leicht verbessert, liegt jedoch weiterhin im negativen Bereich.

Preise

Der europäische Gaspreis sank im Großhandel in den letzten Wochen aufgrund der milden Witterung und der teilweise sogar wieder steigenden Speicherfüllstände auf 62 € je Megawattstunde. Damit war Gas rund 20% günstiger als ein Jahr zuvor. Auch für die mittlere und längere Frist signalisieren Terminnotierungen aktuell deutlich niedrigere Preise als noch vor wenigen Wochen.

Im November waren auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen deutliche Preisnachlässe zu verzeichnen. Dies war in erster Linie auf Energie zurückzuführen. Deren Einfuhrkosten waren bereits in den vorangegangenen Monaten gesunken und gaben nun nochmals spürbar nach. Zusätzlich kam es im November erstmals seit mehr als zwei Jahren auch bei den Nichtenergie-Vorleistungsimporten zu Preisrückgängen im Vergleich zum Vormonat. Dies war weiteren Preisnachlässen bei Vorleistungen sowie Konsumgütern geschuldet. Außerdem kam der Preisanstieg bei Investitionsgütern zum Erliegen. Auch auf der inländischen Erzeugerstufe ermäßigten sich die Preise, wenn auch etwas weniger stark als im Vormonat. Neben Preissenkungen bei Energie stiegen auch die Preise der übrigen Komponenten nicht weiter oder gaben sogar etwas nach. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Einfuhrpreise im November trotzdem noch um 14,5% und die Erzeugerpreise sogar um 28,2%.

Auch auf der Verbraucherstufe schwächte sich die Preisdynamik im Dezember weiter ab. Dies betraf ebenfalls im Wesentlichen die Energiepreise. Sie gingen aufgrund der Übernahme der Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme durch den Staat (Soforthilfe Dezember) sowie weiter nachgebender Rohölpreise deutlich zurück. Im Ergebnis lag der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) saisonbereinigt um 1,5% niedriger als im Vormonat, was den mit Abstand höchsten Rückgang seit der Einführung des Euro bedeutete. Allerdings verteuerten sich die Nichtenergie-Komponenten weiterhin stark. Das gilt sowohl für Nahrungsmittel als auch für Industriegüter und Dienstleistungen. Im Vergleich zum Vorjahr betrug die Inflationsrate in Deutschland im Dezember 9,6% und fiel damit erstmals seit August wieder in den einstelligen Bereich. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf die einmalige



Soforthilfe Dezember zurückzuführen; er dürfte daher temporär sein. Ab Januar 2023 sollen zwar bereits die Gas- und die Strompreisbremsen in der amtlichen Preismessung berücksichtigt werden. Diese dürften die Inflationsrate aber weniger stark dämpfen als zuvor die Soforthilfe Dezember. Die Kerninflationsrate ohne Berücksichtigung von Energie- und Nahrungsmittelpreisen zog dagegen leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 5,4% an. Sie erreichte damit einen neuen historischen Höchststand.

Das abgelaufene Jahr 2022 verzeichnete historisch hohe Inflationsraten. Gemessen am HVPI betrug die Veränderungsrate im Vergleich zum Vorjahr 8,7%, was der mit Abstand höchste Wert seit Einführung des Euro war. Diese wurde durch mehrere Faktoren verursacht. So war bereits im Verlauf des Jahres 2021 durch das Abflauen der Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stark gestiegen. Diese konnte jedoch nicht direkt bedient werden, da die globalen Lieferketten auch Anfang 2022 noch stark eingeschränkt waren. Entscheidend verstärkt wurden diese preistreibenden Effekte durch die russische Invasion der Ukraine. In der Folge kam es nicht nur zu neuerlichen Preissprüngen bei Energierohstoffen, sondern auch die Lieferengpässe wurden verschärft.

Kommunalfinanzen

Die Kommunen (Kern- und Extrahaushalte) verzeichneten im dritten Quartal 2022 einen Überschuss von fast 1 Mrd €. Das Ergebnis war damit weiterhin günstiger (+ 1 Mrd €) als im gleichen Vorjahresquartal. Die Einnahmen stiegen erneut kräftig um 8½% (+ 6½ Mrd €). Die Steuern legten dabei um 13% (+ 3½ Mrd €) zu. Die gewichtige Gewerbesteuer wuchs sogar noch etwas stärker. Belastungen der Unternehmensgewinne durch höhere Energiepreise waren insoweit nicht feststellbar. Die Länderzuweisungen stiegen um 7% (2 Mrd €) und die Gebührenerlöse um 10%. Bei Letzteren scheinen die Belastungen durch pandemiebedingte Nutzungseinschränkungen nun weitgehend überwunden.

Die Ausgaben wuchsen mit 7% ebenfalls kräftig. Noch etwas stärker stiegen die Sachinvestitionen und der laufende Sachaufwand. Dafür dürften Preisanstiege weiter eine zentrale Rolle gespielt haben. Zudem legten die Sozialausgaben kräftig zu (+ 7% bzw. gut 1 Mrd €). Etwa ein Drittel des Anstiegs entfiel auf Ausgaben für Asylbewerberleistungen. Auch die Kosten der Unterkunft bei Bezug von Arbeitslosengeld II wuchsen deutlich, was mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine zusammenhängt.

Nach den ersten drei Quartalen 2022 lag das kumulierte Defizit der Gemeinden bei knapp 1 Mrd € und damit 5 Mrd € niedriger als ein Jahr zuvor. Im Schlussquartal ist allein durch die Abrechnung der Einkommensteueranteile wieder ein recht hoher Überschuss zu erwarten. Dies gilt auch bei einer schwächeren Entwicklung der Steuereinnahmen zum Jahresende. Insofern dürften die Kommunen im Gesamtjahr 2022 einen deutlichen Überschuss erzielt haben (Gesamtjahr 2021: + 4½ Mrd €).

Im laufenden Jahr ist davon auszugehen, dass sich das Finanzergebnis deutlich verschlechtert. Auf Basis der letzten Steuerschätzung, bereinigt um zwischenzeitliche Rechtsänderungen, ist ein Aufkommenszuwachs um 3% zu erwarten. Auf der Ausgabenseite steigen die Belastungen aus den hohen Preissteigerungen. Zudem stehen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Gemeinden an. Hier sind deutlich höhere Entgeltanpassungen zu erwarten als in den Vorjahren. Vor allem deswegen plant etwa der Bund für das neue Haushaltsjahr mit einem Anstieg seiner Personalausgaben um 11%. Ein vergleichbarer Zuwachs auf Gemeindeebene dürfte deren Haushalte wohl erstmals seit 2014 mit einem Defizit abschließen lassen.

[Quelle: Deutsche Bundesbank Monatsbericht Januar 2023]



1.1.3 Auswirkung der Salden im Ergebnis- und Finanzplan auf die Bilanz

In der Haushaltsplanung stehen der Ergebnisplan und der Finanzplan im Vordergrund. Eine Plan-Bilanz ist nicht vorgesehen. Dennoch haben die Salden von Ergebnis- und Finanzrechnung Auswirkungen auf die Bilanz.

Das Jahresergebnis wirkt sich auf die Passivseite der Bilanz aus. Hier verändert sich das Eigenkapital um -2.308.500 Euro.

Die im Finanzplan ausgewiesene Änderung des Finanzmittelbestandes verändert die liquiden Mittel auf der Aktivseite der Bilanz in Höhe von 0 Euro.

1.2 Allgemeine Entwicklungen

Die Einschätzung der weiteren Bevölkerungsentwicklung sowie der sonstigen Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt ist Grundlage für jede Art von strategischer Planung in Kommunalverwaltungen. Bedingt durch den allgemeinen demografischen Trend haben die meisten deutschen Kommunen einen Bevölkerungsrückgang sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung zu verzeichnen. Im überwiegenden Teil Bayerns und insbesondere im Großraum München hält jedoch der Zuzugstrend weiter an. Dies erfordert für die Zukunft eine Anpassung der kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Senioren.

Die Entwicklung der Bevölkerung nach Anzahl und Altersaufbau ist nur bedingt kommunal beeinflussbar. Der gesamtgesellschaftliche Trend zu einer schrumpfenden und immer älter werdenden Gesamtbevölkerung ist heute unumkehrbar, wobei die örtlichen Ausprägungen durchaus stark variieren können.

Die Anzahl derer, die durch Erwerbseinkommen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaften, wird langfristig schrumpfen; der Anteil derer, die auf staatliche Transferleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, wird steigen. Dies wird unweigerlich zu einer weiteren Belastung der staatlichen und kommunalen Finanzsysteme führen.

Die zentrale Frage der örtlichen Politik ist daher nicht, ob diese Prozesse aufgehalten werden können. Vielmehr geht es um den hierdurch entstehenden Anpassungs- und Gestaltungsbedarf, d.h. wann und in welchem Maße eine quantitative und inhaltliche Neuausrichtung der kommunalen Dienstleistungspalette erfolgen muss.

Der Bericht soll eine Orientierung darüber ermöglichen, wie die örtliche Situation mit Blick auf folgende Kriterien einzuschätzen ist:

- Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf
- Veränderungen bei einzelnen Altersgruppen (Zielgruppen)
- örtliche Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt



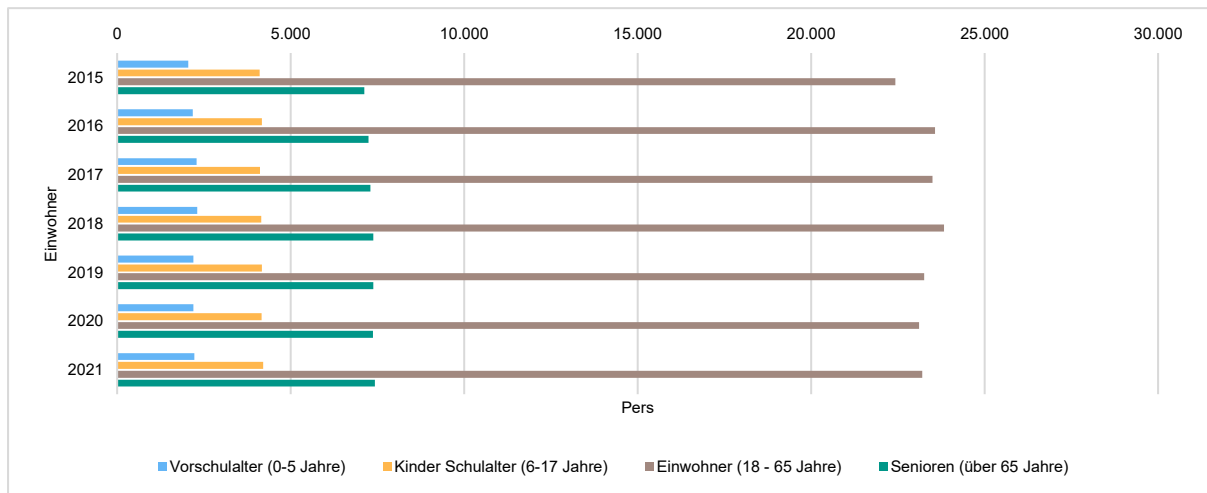
1.2.1 Bevölkerung

Im Folgenden wird die Entwicklung der Einwohnerzahl insgesamt sowie bestimmter Altersgruppen abgebildet, deren Entwicklung besonderen Einfluss auf die kommunale Infrastruktur in den Bereichen Kindertagesstätten und Schulen haben:

Einwohner gesamt und nach Altersgruppen

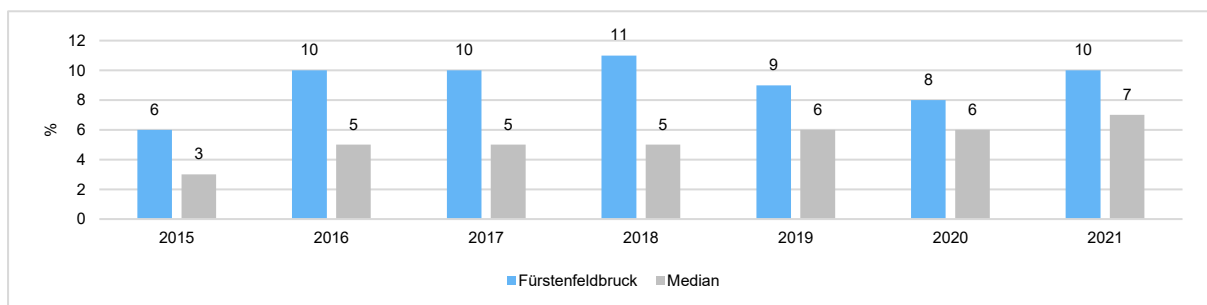
	E' 2018	E' 2019	E' 2020	E' 2021
Einwohner	37.677	37.004	36.843	37.063
Kinder im Vorschulalter (0-5 Jahre)	2.311	2.199	2.195	2.224
davon Kinder Krippenalter (0-2 Jahre)	1.195	1.103	1.102	1.130
davon Kinder Kindergartenalter (3-5 Jahre)	1.116	1.096	1.093	1.094
Kinder Schulalter (6-17 Jahre)	4.155	4.170	4.159	4.204
Einwohner (18 - 65 Jahre)	23.829	23.258	23.113	23.207
Senioren (über 65 Jahre)	7.382	7.378	7.376	7.428

Die langfristige Entwicklung einzelner Altersgruppen



Prozentuale Veränderung der Bevölkerung im 10-Jahresvergleich

Die nachfolgende Grafik zeigt die prozentuale Veränderung der Bevölkerung im 10-Jahresvergleich, also in welchem Maße sich die Einwohnerzahl innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren verändert hat (z.B. 2011 zu 2021).





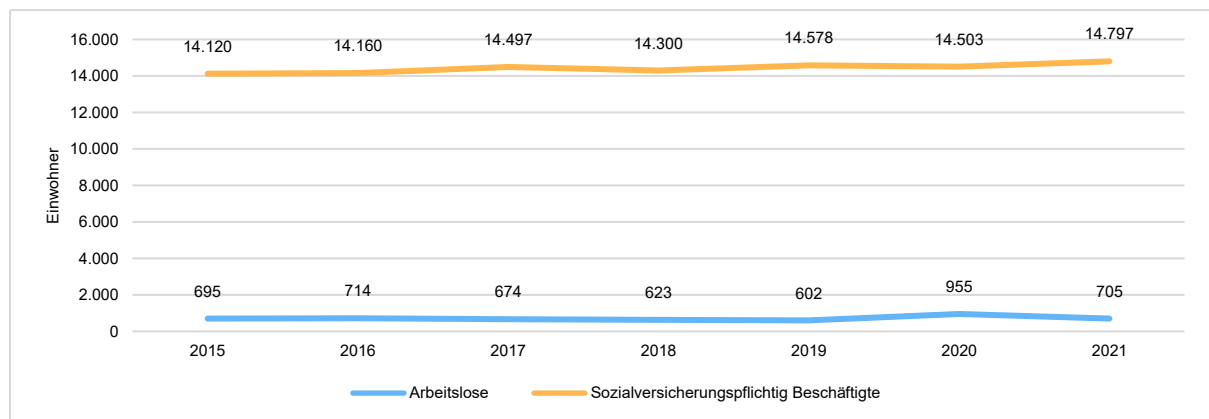
1.2.2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Nachfolgend wird tabellarisch die Entwicklung der wichtigsten Indikatoren wie die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor Ort angezeigt. Die Daten entstammen aus den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslose und Beschäftigte

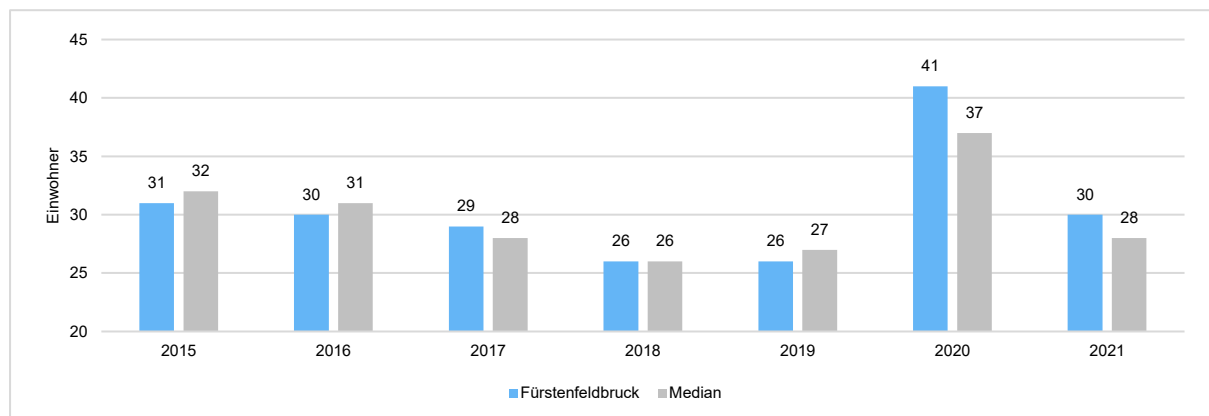
	E' 2017	E' 2018	E' 2019	E' 2020	E' 2021
Arbeitslose zum 30.6. / 31.12.	674	623	602	955	705
davon unter 25 Jahre (Jugendarbeitslosigkeit)	67	53	47	89	66
Arbeitslose 25 - 55 Jahre	475	416	401	647	437
davon über 55 Jahre (Arbeitslosigkeit Älterer)	132	154	154	219	202
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	14.497	14.300	14.578	14.503	14.797

Arbeitslose und Beschäftigtenzahl in der langfristigen Entwicklung



Arbeitslose je Tausend Einwohner im erwerbsfähigen Alter

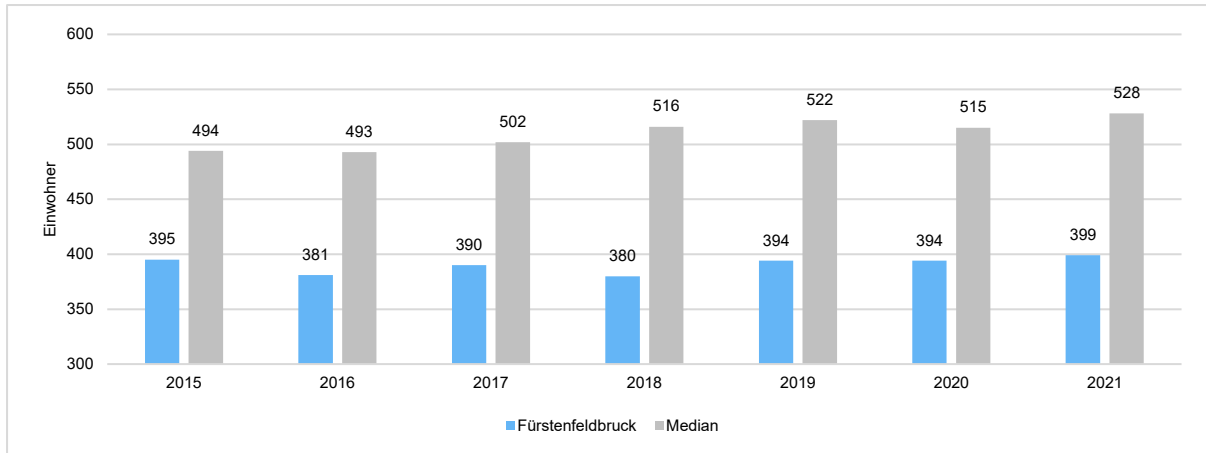
Um die Arbeitslosenzahlen besser interpretieren zu können, wird nachfolgend die Arbeitslosigkeit ins Verhältnis zur Bevölkerungsgruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter (18 - 65 Jahre) gestellt, da sich auch diese Gruppe im Zeitverlauf stetig verändert.





Im Ort arbeitende sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je Tausend Einwohner

Jede Kommune hat ein grundsätzliches Interesse daran, dass sich der örtliche Arbeitsmarkt und die vor Ort ansässigen Betriebe positiv entwickeln. Ein Indikator hierfür ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Die Entwicklung im Zeitverlauf ist hier von besonderer Bedeutung.





1.3 Übersicht über die Haushaltslage

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Ergebnisplanes im Vergleich zum Plan des Vorjahres und zum Ergebnis des Vorjahres:

Ergebnisübersicht

	Ergebnis 2021	Plan 2022	Plan 2023
Ordentliche Erträge	89.445.953	90.802.550	96.647.150
Ordentliche Aufwendungen	77.546.478	92.066.400	98.219.800
Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.899.475	-1.263.850	-1.572.650
Finanzerträge	546.410	549.450	112.450
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	330.282	214.000	848.300
Finanzergebnis	216.128	335.450	-735.850
Ordentliches Ergebnis	12.115.603	-928.400	-2.308.500
Außerordentliche Erträge	1.447	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	71.047	--	--
Außerordentliches Ergebnis	-69.601	0	0
Ergebnis	12.046.003	-928.400	-2.308.500

Die Hebesätze nahmen dabei folgenden Verlauf:

	2021	2022	2023
Hebesatz Grundsteuer A	310	310	310
Hebesatz Grundsteuer B	350	350	350
Hebesatz Gewerbesteuer	380	380	380



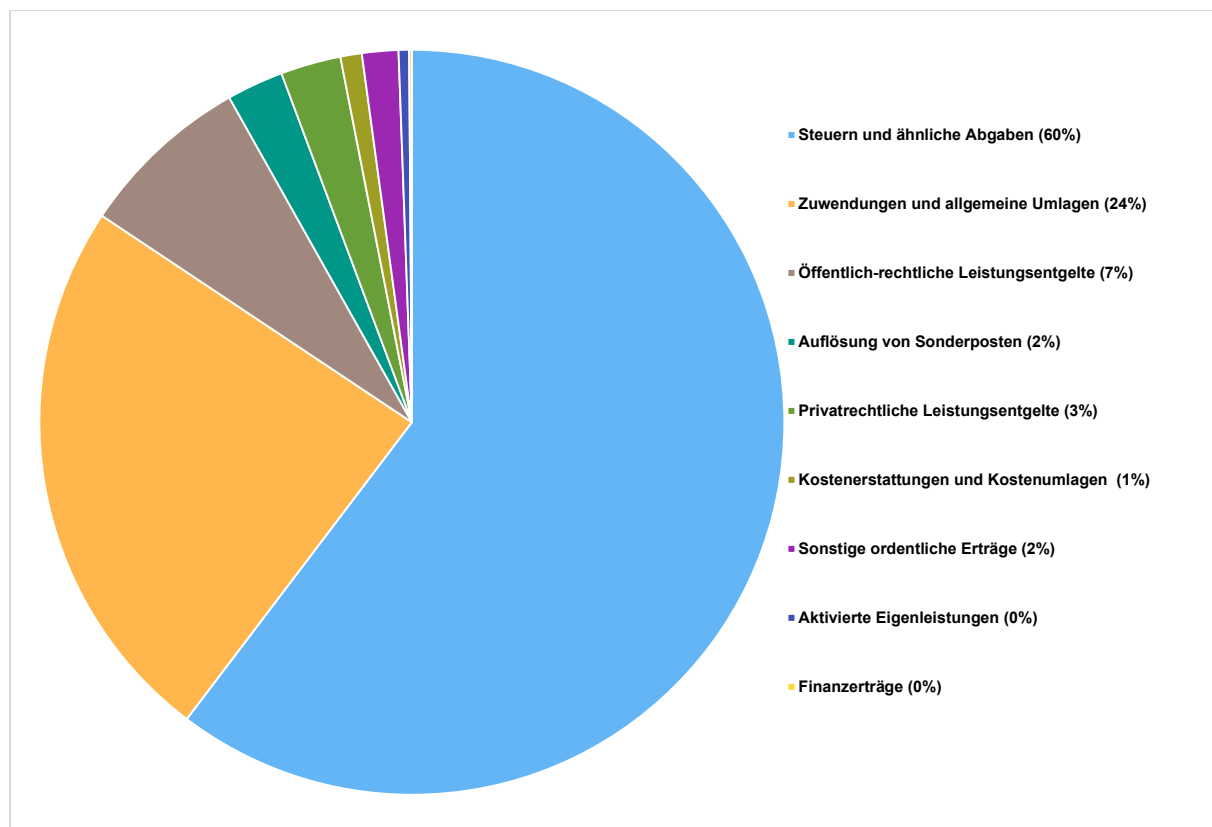
1.4 Erträge

Die Gesamtsumme aller Erträge in Höhe von 96.759.600 Euro teilt sich auf die einzelnen Ertragsarten wie folgt auf:

Ertragsübersicht

	Plan 2023	in %
Steuern und ähnliche Abgaben	58.374.100	60,33
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	23.247.150	24,03
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.246.300	7,49
Auflösung von Sonderposten	2.382.200	2,46
Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.531.150	2,62
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	899.650	0,93
Sonstige ordentliche Erträge	1.525.600	1,58
Aktiviert Eigenleistungen	441.000	0,46
Ordentliche Erträge	96.647.150	99,88
Finanzerträge	112.450	0,12
Summe	96.759.600	100,00

Die Zusammensetzung nach den einzelnen Ertragsarten ergibt folgendes Bild:





Der Ertragsentwicklung im Vergleich zum Ansatz des Vorjahres:

Im Vorjahr belief sich der Gesamtbetrag der geplanten Erträge auf 91.352.000 Euro. Im aktuellen Planjahr verändern sich die Gesamterträge um 5.407.600 Euro auf 96.759.600 Euro.

Die Veränderungen bei den einzelnen Ertragsarten stellen sich im Detail wie folgt dar:

	Plan 2022	Plan 2023	Abw. abs.
Steuern und ähnliche Abgaben	57.179.450	58.374.100	1.194.650 ↗
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	19.178.700	23.247.150	4.068.450 ↗
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.259.100	7.246.300	-12.800 →
Auflösung von Sonderposten	2.246.400	2.382.200	135.800 ↗
Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.347.700	2.531.150	183.450 ↗
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	662.350	899.650	237.300 ↗
Sonstige ordentliche Erträge	1.513.850	1.525.600	11.750 →
Aktiviert Eigenleistungen	415.000	441.000	26.000 ↗
Ordentliche Erträge	90.802.550	96.647.150	5.844.600 ↗
Finanzerträge	549.450	112.450	-437.000 ↘
Summe	91.352.000	96.759.600	5.407.600 ↗

Die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten in der mittelfristigen Finanzplanung wird nach aktueller Planung wie folgt eingeschätzt:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Steuern und ähnliche Abgaben	57.037.579	57.179.450	58.374.100	61.127.400	63.288.700	65.086.000
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	21.968.060	19.178.700	23.247.150	18.430.450	16.264.050	16.347.100
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.832.156	7.259.100	7.246.300	7.240.500	7.228.500	7.214.000
Auflösung von Sonderposten	118	2.246.400	2.382.200	2.318.700	2.253.800	2.226.800
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.914.936	2.347.700	2.531.150	2.583.100	2.592.550	2.594.100
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	860.249	662.350	899.650	826.200	773.700	804.150
Sonstige ordentliche Erträge	1.660.426	1.513.850	1.525.600	1.525.600	1.525.600	1.525.600
Aktiviert Eigenleistungen	172.430	415.000	441.000	441.000	441.000	441.000
Ordentliche Erträge	89.445.953	90.802.550	96.647.150	94.492.950	94.367.900	96.238.750
Finanzerträge	546.410	549.450	112.450	88.950	88.950	88.950
Außerordentliche Erträge	1.447	0	0	--	--	--
Summe	89.993.810	91.352.000	96.759.600	94.581.900	94.456.850	96.327.700



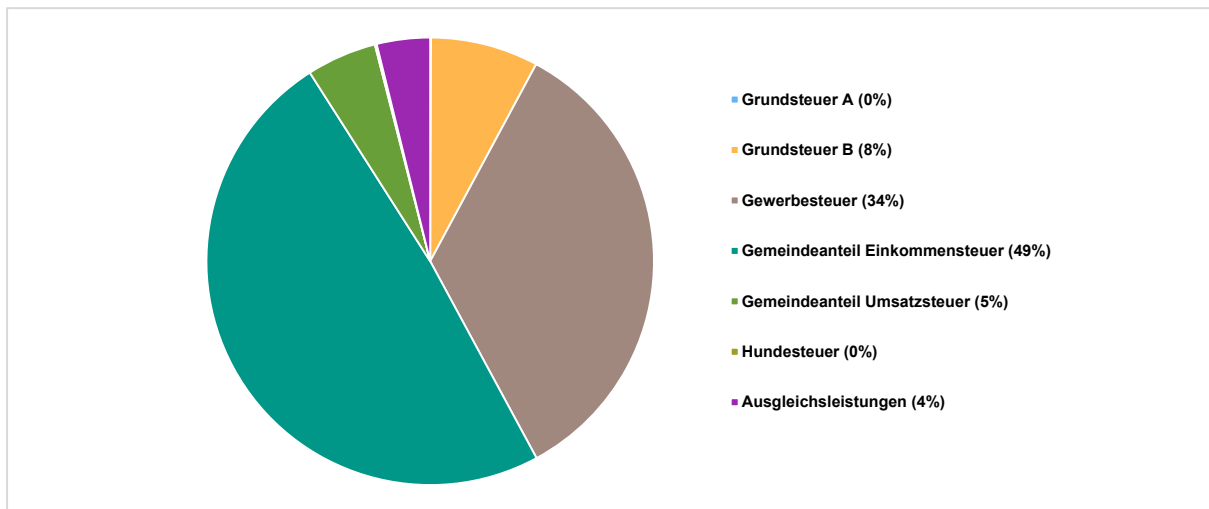
1.4.1 Steuern

Zusammensetzung und Entwicklung der Steuerarten, Hebesätze

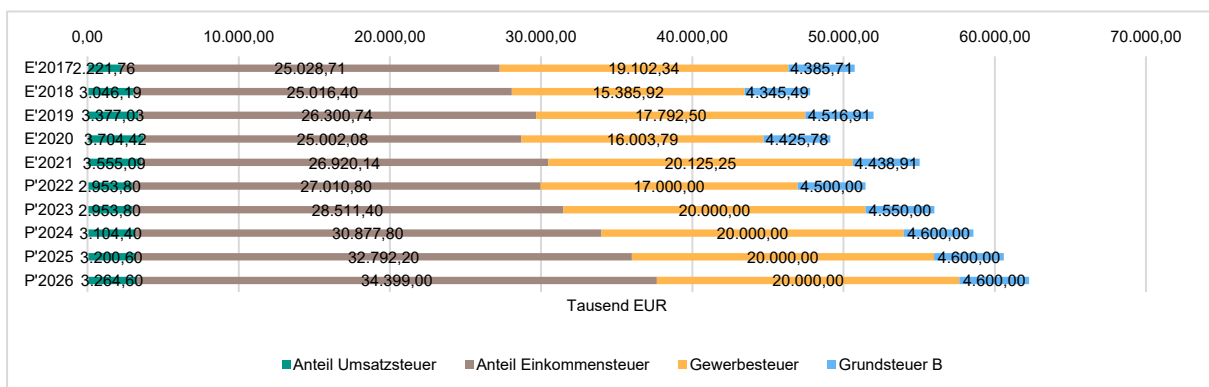
Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Steuerarten:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Grundsteuer A	34.219	34.000	34.000	34.000	34.000	34.000
Grundsteuer B	4.438.906	4.500.000	4.550.000	4.600.000	4.600.000	4.600.000
Gewerbesteuer	20.125.250	17.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000
Gemeindeanteil Einkommensteuer	26.920.142	27.010.800	28.511.400	30.877.800	32.792.200	34.399.000
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	3.555.091	2.953.800	2.953.800	3.104.400	3.200.600	3.264.600
Hundesteuer	78.727	77.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Ausgleichsleistungen	1.885.244	5.603.850	2.244.900	2.431.200	2.581.900	2.708.400
Summe	57.037.579	57.179.450	58.374.100	61.127.400	63.288.700	65.086.000

Zusammensetzung des Steueraufkommens



Die wichtigsten Steuerarten im langfristigen Verlauf



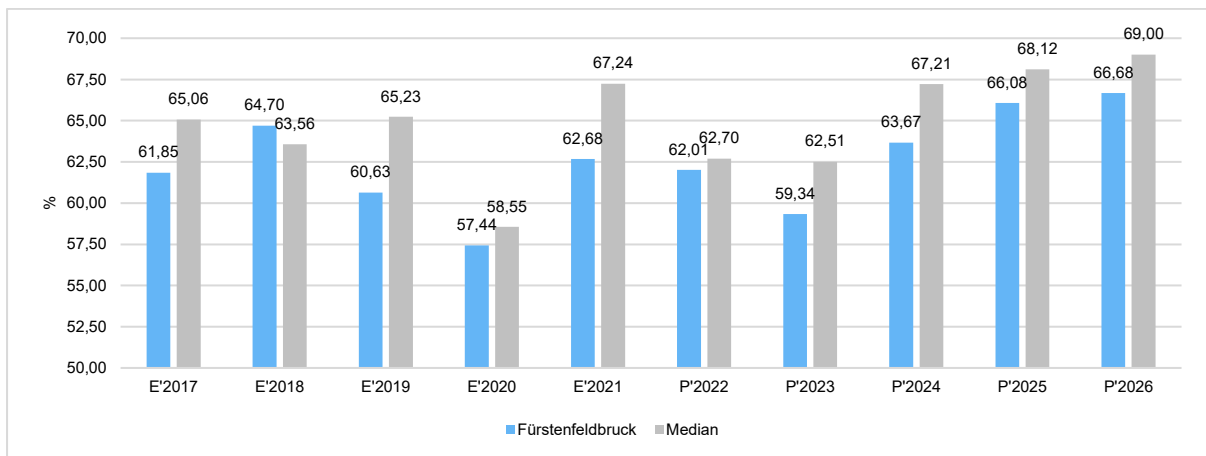


Kennzahlen zum kommunalen Steueraufkommen

Steuerquote

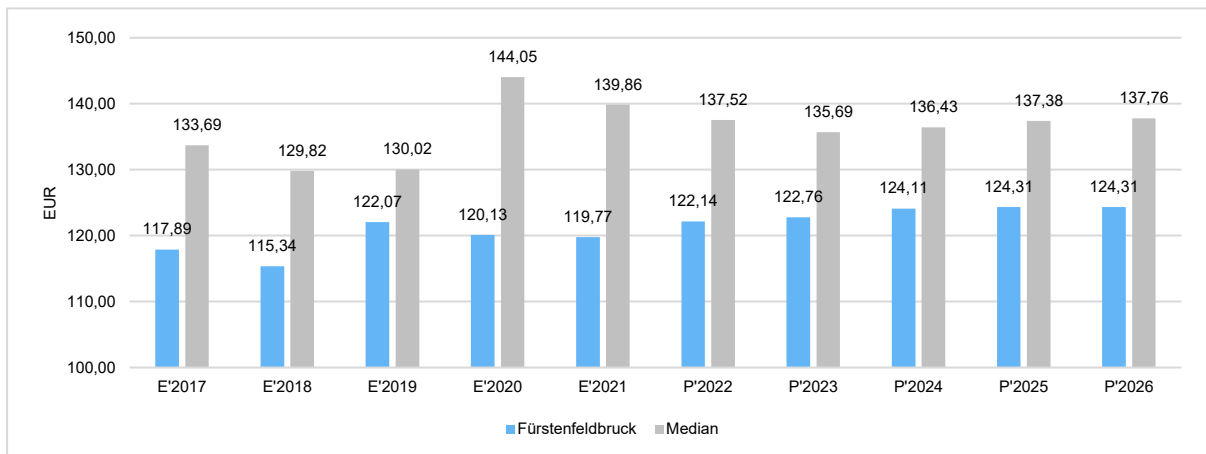
Um die örtliche Steuerertragskraft einordnen zu können, bietet sich die Betrachtung der Steuerquote an, die den prozentualen Anteil der Steuererträge an den ordentlichen Erträgen insgesamt abbildet, wobei die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit abgezogen werden.

Eine hohe Steuerquote spricht für eine größere Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen im Wege des Finanzausgleichs und ist insofern positiv zu werten.



Grundsteuer B je Einwohner

Die Grundsteuer B ist eine konstante Steuerart. Nachfolgend wird das Steueraufkommen in Relation zur Einwohnerzahl abgebildet:

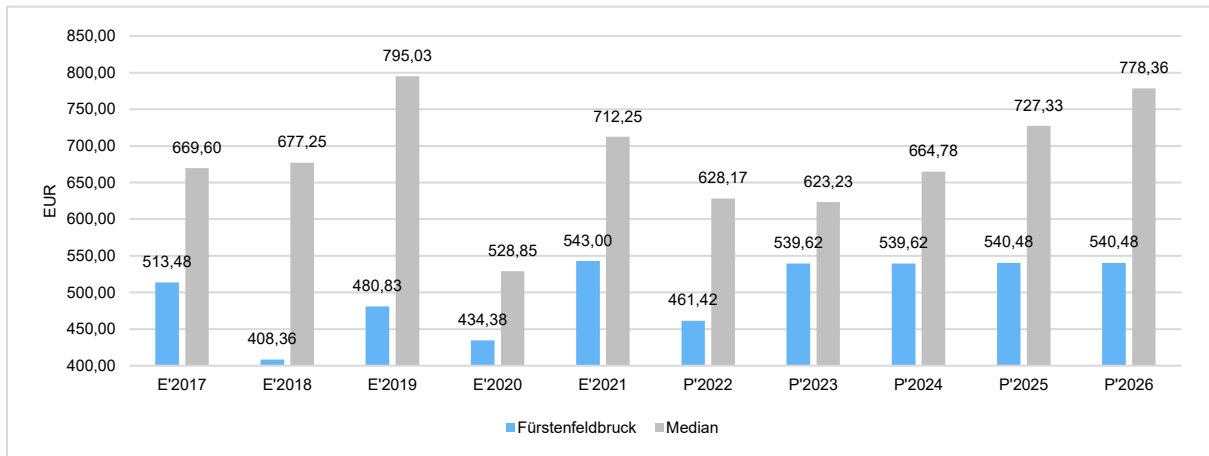


Gewerbsteuer je Einwohner

Die Gewerbesteuer wird nachfolgend ebenfalls in Relation zur Einwohnerzahl abgebildet. Im Vergleich zur Grundsteuer B ist die Gewerbesteuer stärkeren Schwankungen aufgrund der konjunkturellen Einflüsse ausgesetzt:

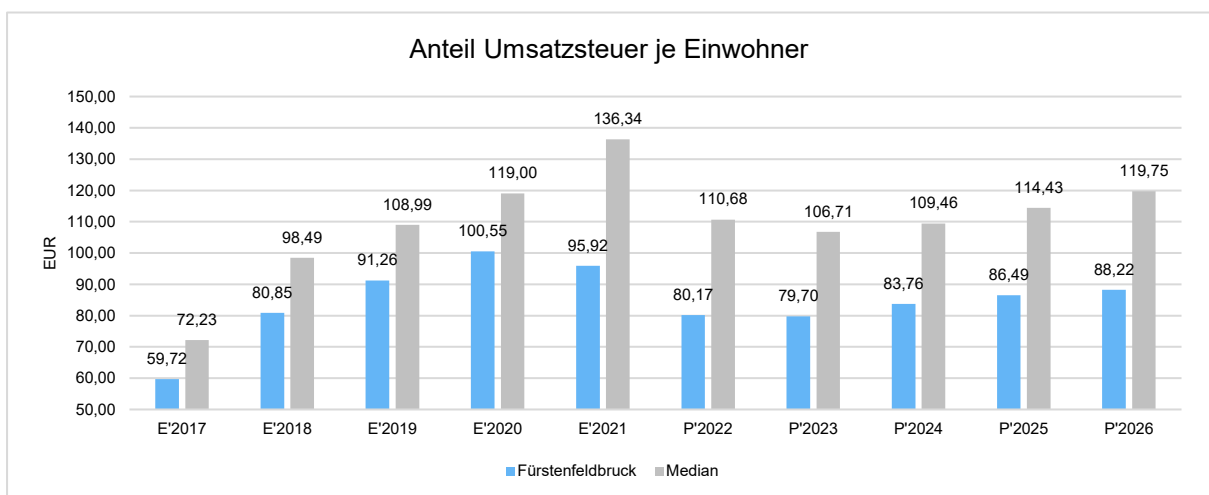
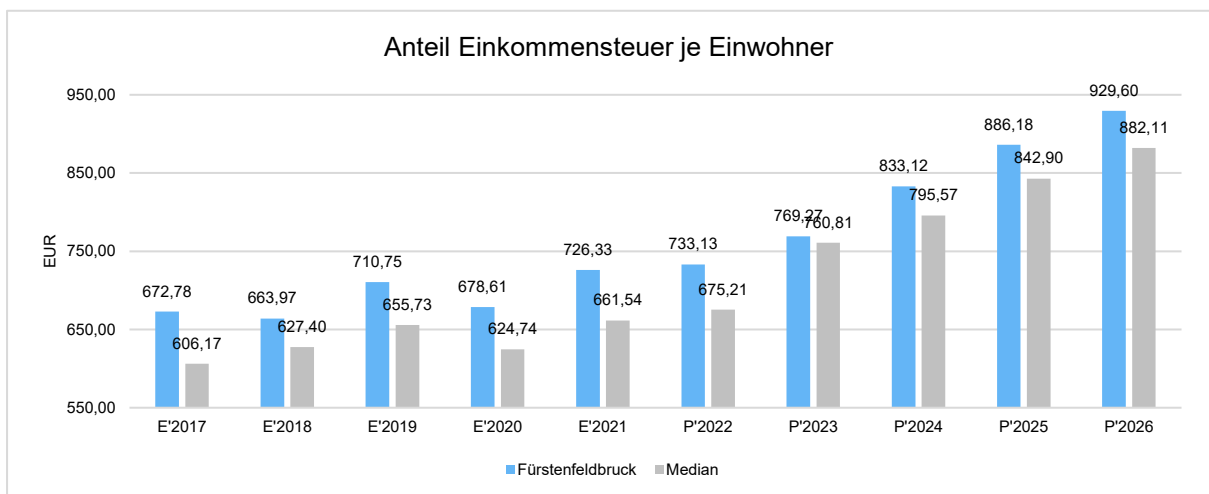


Gr. Kreisstadt Fürstenfeldbruck Haushalt 2023



Gemeinschaftssteuern

Die Gemeinschaftssteuern, bestehend aus der Beteiligung am Aufkommen der Umsatz- und Einkommensteuer, bilden eine weitere wichtige Ertragsssäule des kommunalen Haushaltes. Nachfolgend wird auch hier das Aufkommen jeweils einwohnerbezogen dargestellt:



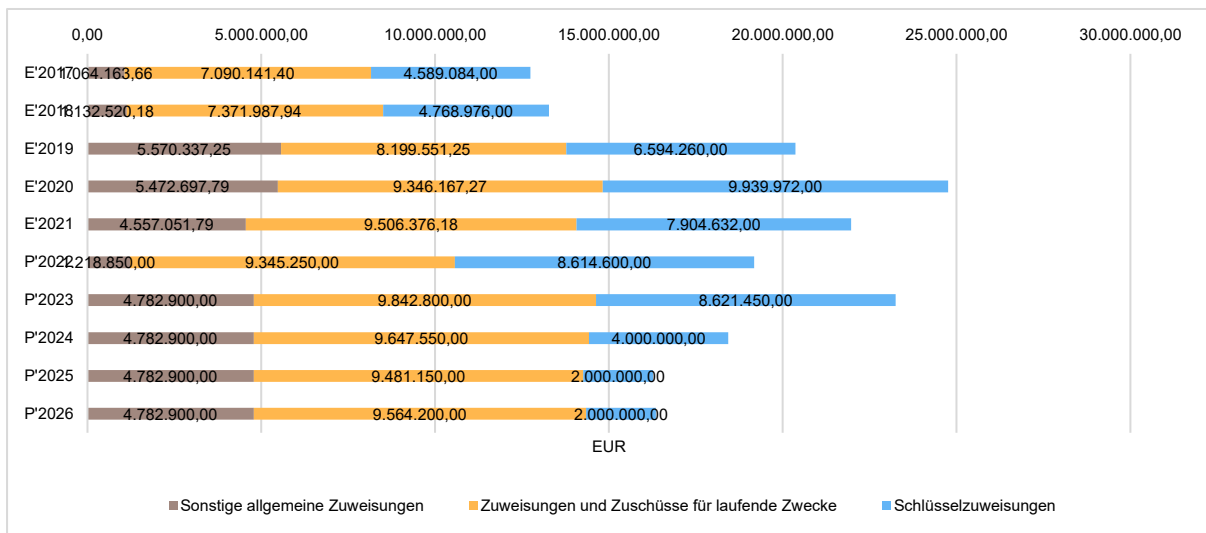


1.4.2 Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen

Entwicklung der Zuwendungen im Zeitverlauf

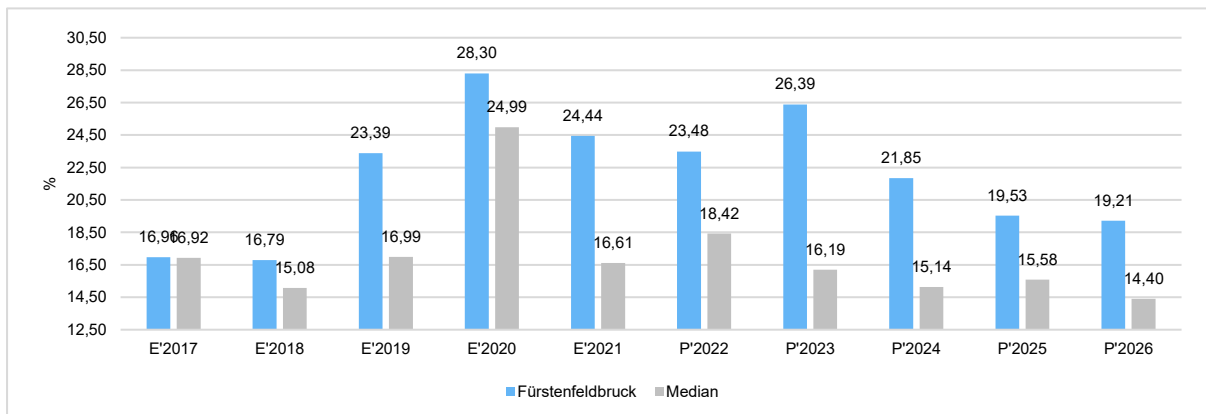
Nachfolgend wird die Entwicklung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen nach den einzelnen Zuwendungsarten abgebildet.

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Schlüsselzuweisungen	7.904.632	8.614.600	8.621.450	4.000.000	2.000.000	2.000.000
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	9.506.376	9.345.250	9.842.800	9.647.550	9.481.150	9.564.200
Sonstige allgemeine Zuweisungen	4.557.052	1.218.850	4.782.900	4.782.900	4.782.900	4.782.900
Summe	21.968.060	19.178.700	23.247.150	18.430.450	16.264.050	16.347.100



Zuwendungsquote

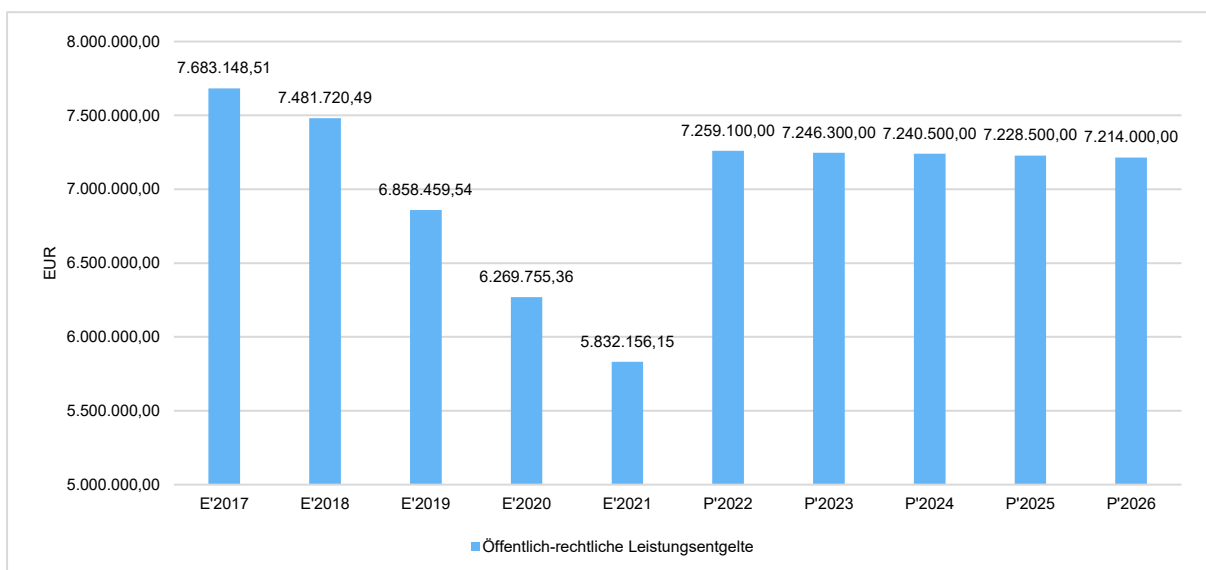
Die Zuwendungsquote zeigt auf, wie hoch die Abhängigkeit von Zuweisungen und Zuschüssen ist. Sie errechnet sich als prozentualer Anteil der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen (ohne allgemeine Umlagen und Erträge aus der Leistungsbeteiligung des Bundes) von den ordentlichen Erträgen insgesamt.





1.4.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.832.156	7.259.100	7.246.300	7.240.500	7.228.500	7.214.000
43110001 - Verwaltungsgebühren	421.019	418.050	432.650	432.650	432.650	432.650
43110002 - Verwaltungskosten (KG, VWKostG)	80.278	97.500	84.450	90.450	90.450	90.450
43110003 - Gebühren Passamt / Ausländerbehörde	235.036	190.000	210.000	210.000	210.000	210.000
43210001 - Benutzungsentgelte u.ä. Entgelte	361.146	530.550	448.500	449.000	449.000	449.500
43210002 - Feuerwehrgebühren	113.169	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
43210003 - Gebühren f. KiGa, Horte etc.	336.270	501.500	510.000	510.000	510.000	510.000
43210004 - Kanalbenutzungsgebühren	3.257.496	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000
43210005 - Gebühren Starkverschmutzerzuschläge	159.384	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
43210006 - Friedhofsgebühren	405.856	380.000	400.000	400.000	400.000	400.000
43210007 - Grabgebühren	214.601	200.000	220.000	220.000	220.000	220.000
43210008 - Verpflegung f. KiGa, Horte, etc.	247.745	347.000	354.000	354.000	354.000	354.000
43210009 - Gebühren Sondernutzungserlaubnis	156	1.000	0	0	0	--
43710001 - Ertr. a. d. Auflösung v. SoPo a. Beiträgen	--	873.500	866.700	854.400	842.400	827.400





1.4.4 Sonstige Ertragsarten

Die Entwicklung bei den übrigen Ertragsarten stellt sich wie folgt dar:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.832.156	7.259.100	7.246.300	7.240.500	7.228.500	7.214.000
Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und Zuwendungen	118	2.246.400	2.382.200	2.318.700	2.253.800	2.226.800
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.914.936	2.347.700	2.531.150	2.583.100	2.592.550	2.594.100
Kostenerstattungen und -umlagen	860.249	662.350	899.650	826.200	773.700	804.150
Sonstige ordentliche Erträge	1.660.426	1.513.850	1.525.600	1.525.600	1.525.600	1.525.600
Aktiviert Eigenleistungen	172.430	415.000	441.000	441.000	441.000	441.000
Finanzerträge	546.410	549.450	112.450	88.950	88.950	88.950
Außerordentliche Erträge	1.447	0	0	--	--	--
Summe	10.988.171	14.993.850	15.138.350	15.024.050	14.904.100	14.894.600



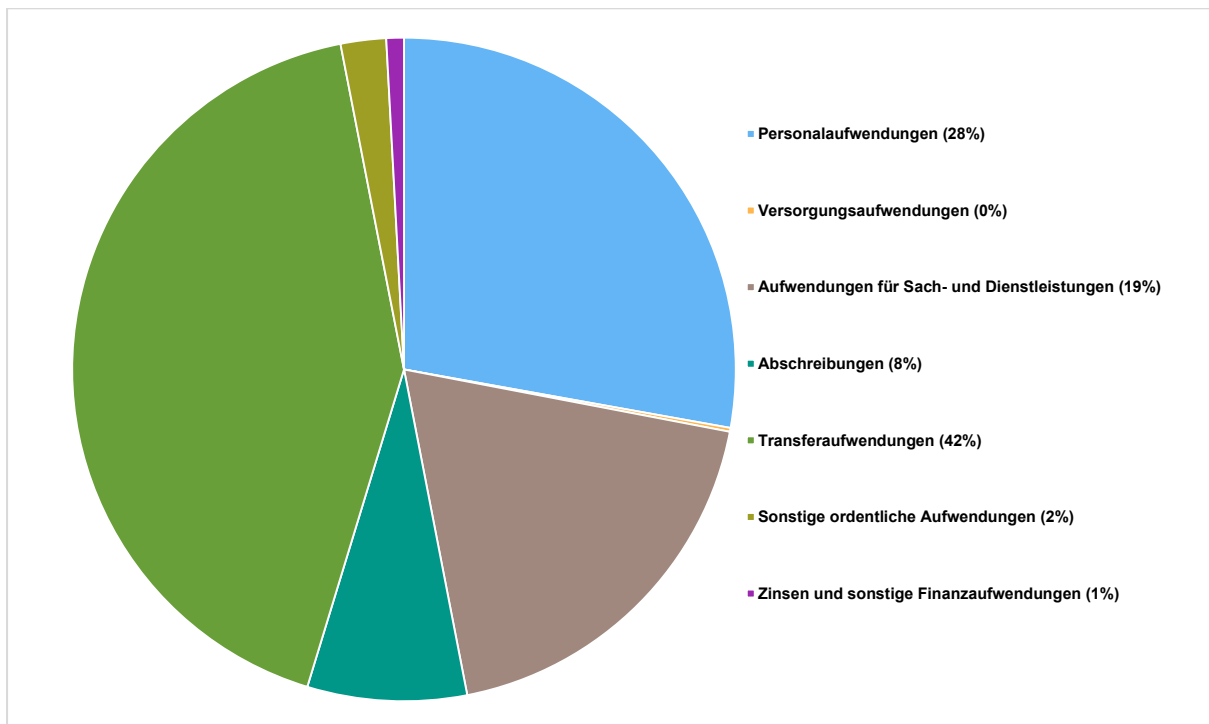
1.5 Aufwendungen

Die Summe aller Aufwendungen im Planjahr beläuft sich auf 99.068.100 Euro.

Diese teilt sich wie folgt auf die einzelnen Aufwandsarten auf:

	Plan 2023	in %
Personalaufwendungen	27.562.550	27,82
Versorgungsaufwendungen	183.300	0,19
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.761.800	18,94
Abschreibungen	7.691.700	7,76
Transferaufwendungen	41.828.750	42,22
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.191.700	2,21
Ordentliche Aufwendungen	98.219.800	99,14
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	848.300	0,86
Summe	99.068.100	100,00

Aufwand in der Zusammensetzung nach Aufwandsarten:





Gr. Kreisstadt Fürstfeldbruck
Haushalt 2023

Im Vorjahr belief sich der Gesamtbetrag der geplanten Aufwendungen auf 92.280.400 Euro. Im aktuellen Planjahr verändern sich die Aufwendungen um 6.787.700 Euro auf 99.068.100 Euro.

Die Veränderungen bei den einzelnen Aufwandsarten stellen sich im Detail wie folgt dar:

	Plan 2022	Plan 2023	Abw. abs.
Personalaufwendungen	26.610.300	27.562.550	952.250 ↗
Versorgungsaufwendungen	159.500	183.300	23.800 ↗
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.433.550	18.761.800	2.328.250 ↗
Abschreibungen	7.579.000	7.691.700	112.700 ↗
Transferaufwendungen	38.302.150	41.828.750	3.526.600 ↗
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.981.900	2.191.700	-790.200 ↘
Ordentliche Aufwendungen	92.066.400	98.219.800	6.153.400 ↗
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	214.000	848.300	634.300 ↗
Summe	92.280.400	99.068.100	6.787.700 ↗

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung ergibt sich folgende Entwicklung der Aufwandsarten:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Personalaufwendungen	23.700.848	26.610.300	27.562.550	28.597.150	29.179.750	29.804.350
Versorgungsaufwendungen	157.923	159.500	183.300	183.300	183.300	183.300
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.422.145	16.433.550	18.761.800	16.348.550	15.761.300	15.317.500
Abschreibungen	49.280	7.579.000	7.691.700	7.312.100	6.942.800	6.674.400
Transferaufwendungen	39.578.593	38.302.150	41.828.750	42.607.200	40.971.200	41.319.300
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.637.688	2.981.900	2.191.700	3.027.550	2.926.950	3.049.250
Ordentliche Aufwendungen	77.546.478	92.066.400	98.219.800	98.075.850	95.965.300	96.348.100
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	330.282	214.000	848.300	1.823.000	2.432.700	3.132.450
Außerordentliche Aufwendungen	71.047	--	--	--	--	--
Summe	77.947.807	92.280.400	99.068.100	99.898.850	98.398.000	99.480.550



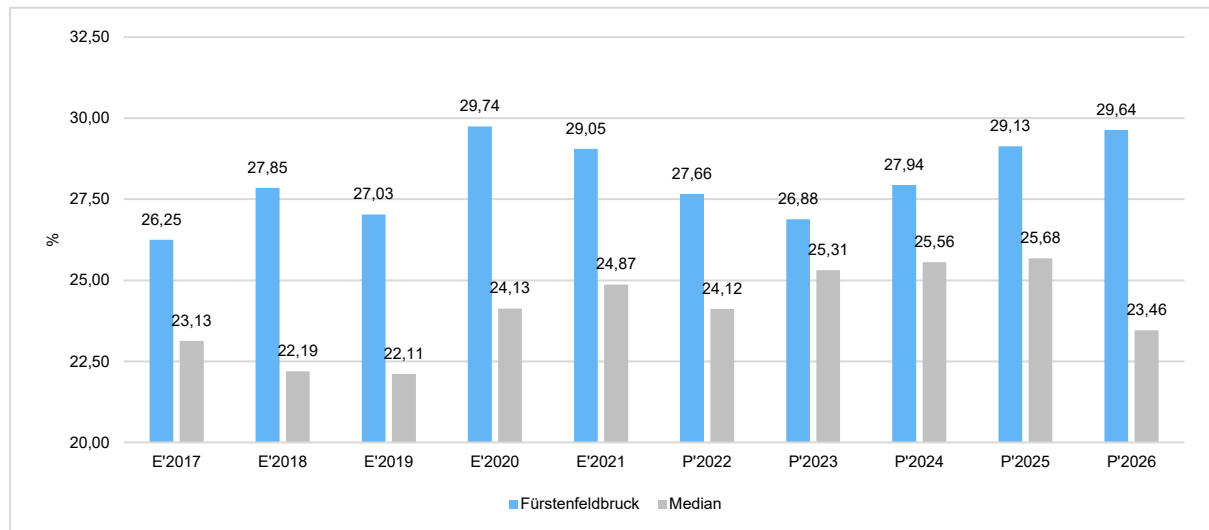
1.5.1 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen entwickeln sich im Betrachtungszeitraum wie folgt:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Personalaufwendungen gesamt	23.700.848	26.610.300	27.562.550	28.597.150	29.179.750	29.804.350
Dienstaufwendungen	17.944.809	19.664.800	20.431.550	21.180.150	21.564.950	21.977.800
Beiträge zu Versorgungskassen für Beschäftigte	2.235.960	2.343.000	2.427.500	2.508.600	2.557.000	2.610.050
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	3.394.961	3.684.150	3.860.300	3.997.400	4.075.550	4.155.950
Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	125.118	128.850	111.500	114.350	114.350	114.350
Pensions-, Beihilfe-, Altersteilzeit- und sonstige Rückstellungen	--	789.500	731.700	796.650	867.900	946.200
Versorgungsaufwendungen	157.923	159.500	183.300	183.300	183.300	183.300

Personalintensität

Die Personalintensität bildet den prozentualen Anteil der Personalaufwendungen (ohne Versorgungskassenbeiträge Beamte) an den ordentlichen Aufwendungen ab. Sie ist ein Indikator dafür, welches Gewicht die Personalaufwendungen innerhalb des ordentlichen Aufwandes haben.





1.5.2 Sach- und Dienstleistungsaufwand

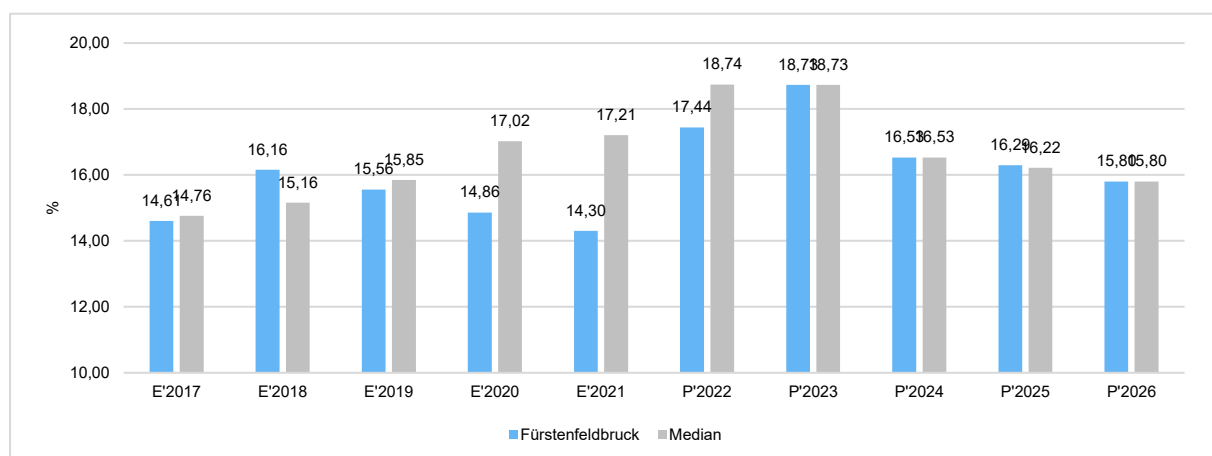
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entwickeln sich im Betrachtungszeitraum wie folgt:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.315.112	3.151.600	2.247.800	1.668.950	1.613.650	1.484.850
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens sowie des beweglichen Vermögens (außer Fahrzeuge)	1.190.632	1.514.650	1.382.750	1.425.550	1.487.550	1.750.250
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.488.891	3.745.850	6.198.150	6.117.650	5.783.400	5.237.500
Mieten und Pachten, Erbbauzinsen	483.113	497.200	557.650	379.700	398.900	360.900
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	705.844	687.150	874.850	814.650	830.800	785.500
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	173.042	266.250	246.700	221.250	222.350	229.200
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	921.253	1.543.400	1.458.200	1.466.900	1.455.200	1.457.200
Aufwendungen für Erwerb von Vorräten	932.082	1.029.150	1.179.200	1.285.750	1.321.350	1.360.050
Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	2.212.177	3.998.300	4.616.500	2.968.150	2.648.100	2.652.050
Summe	11.422.145	16.433.550	18.761.800	16.348.550	15.761.300	15.317.500

Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität bildet den prozentualen Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Mieten, Pacht u. Leasing) an den ordentlichen Aufwendungen insgesamt ab.

Sie zeigt an, welches Gewicht der Sach- und Dienstleistungsaufwand innerhalb des ordentlichen Aufwandes hat.



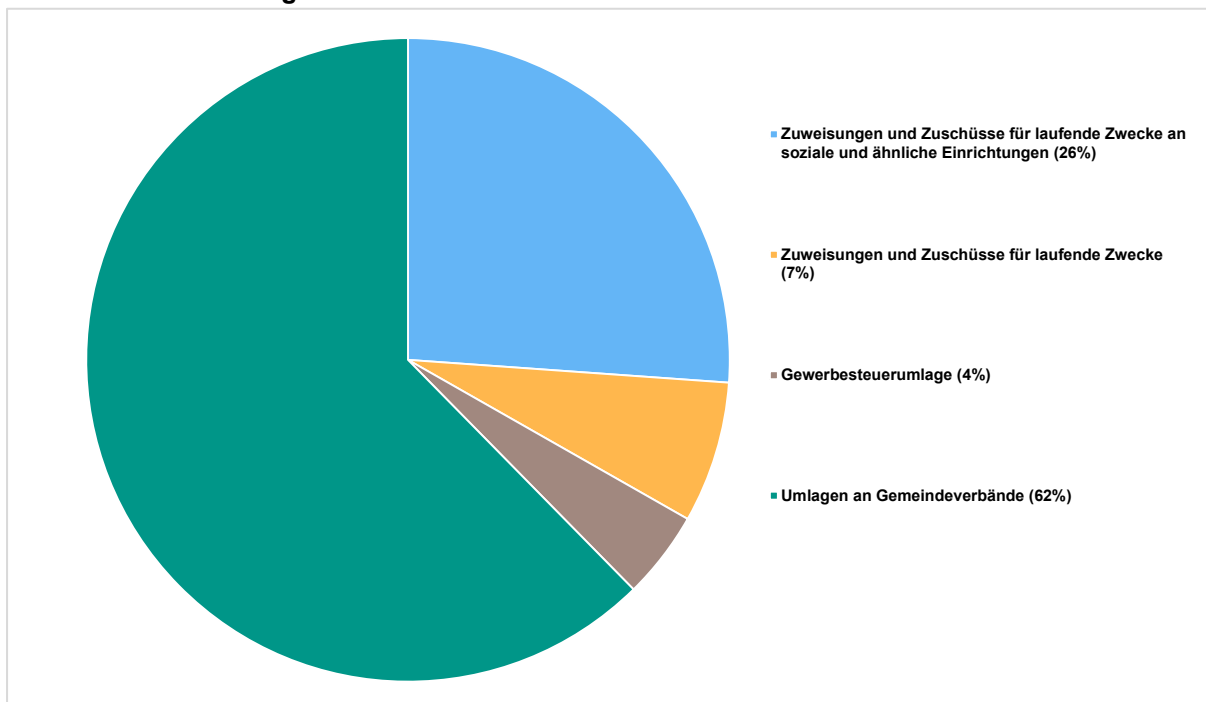


1.5.3 Transferaufwendungen

Innerhalb des Transferaufwandes stellen die Umlagezahlungen an Gemeindeverbände (= Kreisumlage) sowie die Sozialtransfers die bedeutendsten Aufwandsarten dar.

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	9.380.230	9.949.900	10.929.150	11.428.600	11.488.600	11.548.600
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.943.003	3.183.950	2.971.700	3.172.300	3.177.300	3.180.800
Gewerbsteuerumlage	1.839.989	1.565.800	1.842.100	1.842.100	1.842.100	1.842.100
Umlagen an Gemeindeverbände	26.415.370	23.602.500	26.085.800	26.164.200	24.463.200	24.747.800
Summe	39.578.593	38.302.150	41.828.750	42.607.200	40.971.200	41.319.300

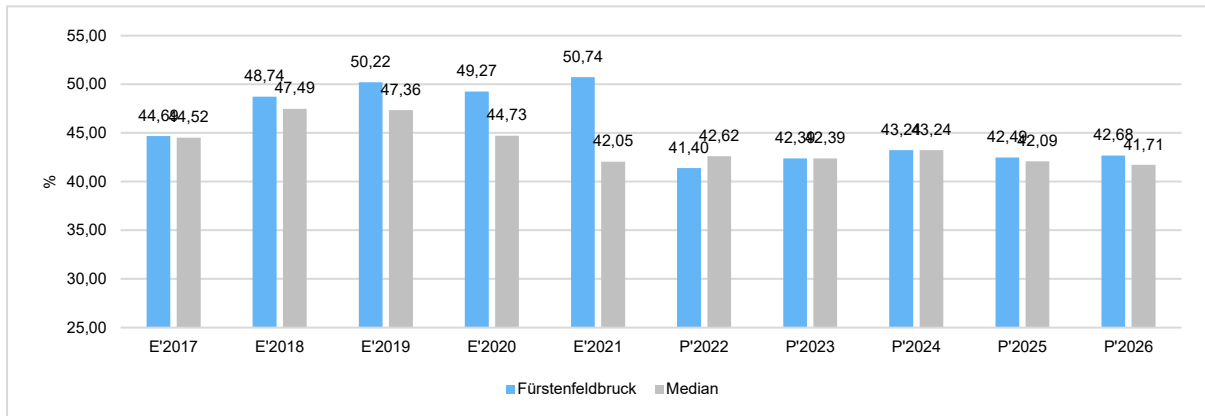
Die Zusammensetzung des Transferaufwandes:





Transferaufwandsquote

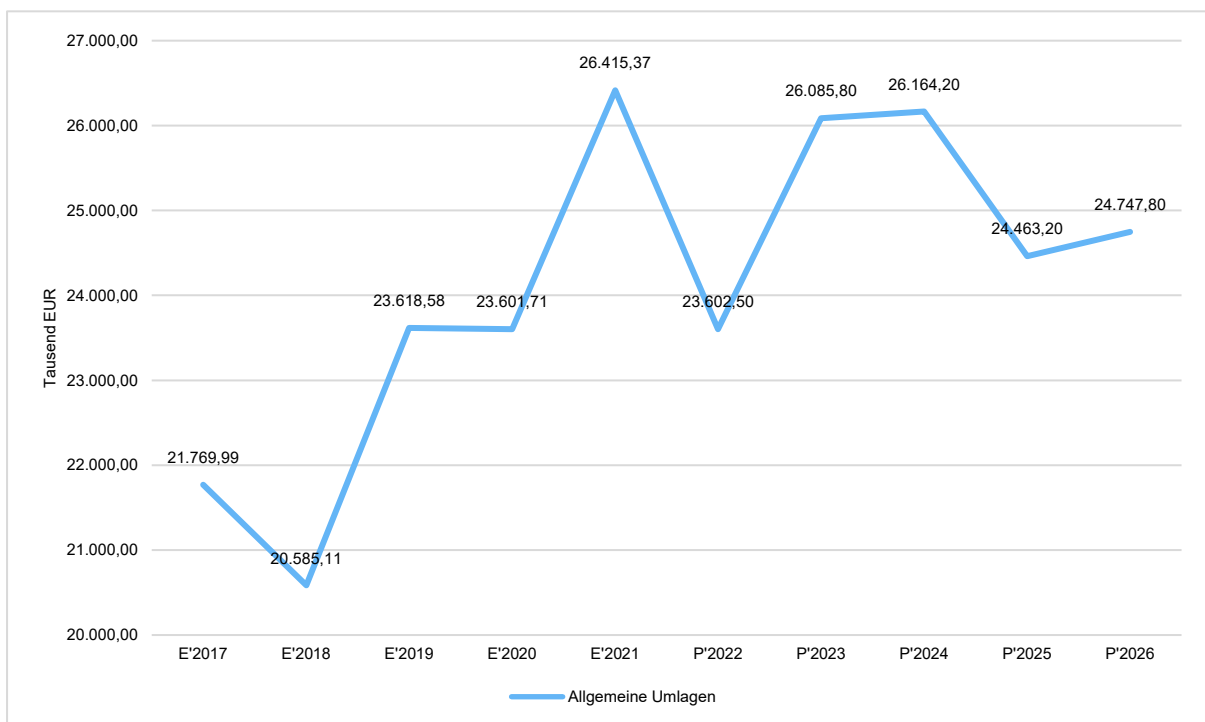
Die Transferaufwandsquote stellt die Transferaufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen und bringt den prozentualen Anteil an den ordentlichen Aufwendungen zum Ausdruck. Sie ist damit ein Indikator dafür, wie hoch der kommunale Haushalt durch Transferaufwendungen belastet wird.



2.5.3.1 Kreisumlage

Gegenüber dem Vorjahresplan und in der langfristigen Entwicklung ergibt sich folgendes Bild:

	Plan 2022	Plan 2023	Abw. abs.
Kreisumlage	23.584.500	26.067.800	2.483.300

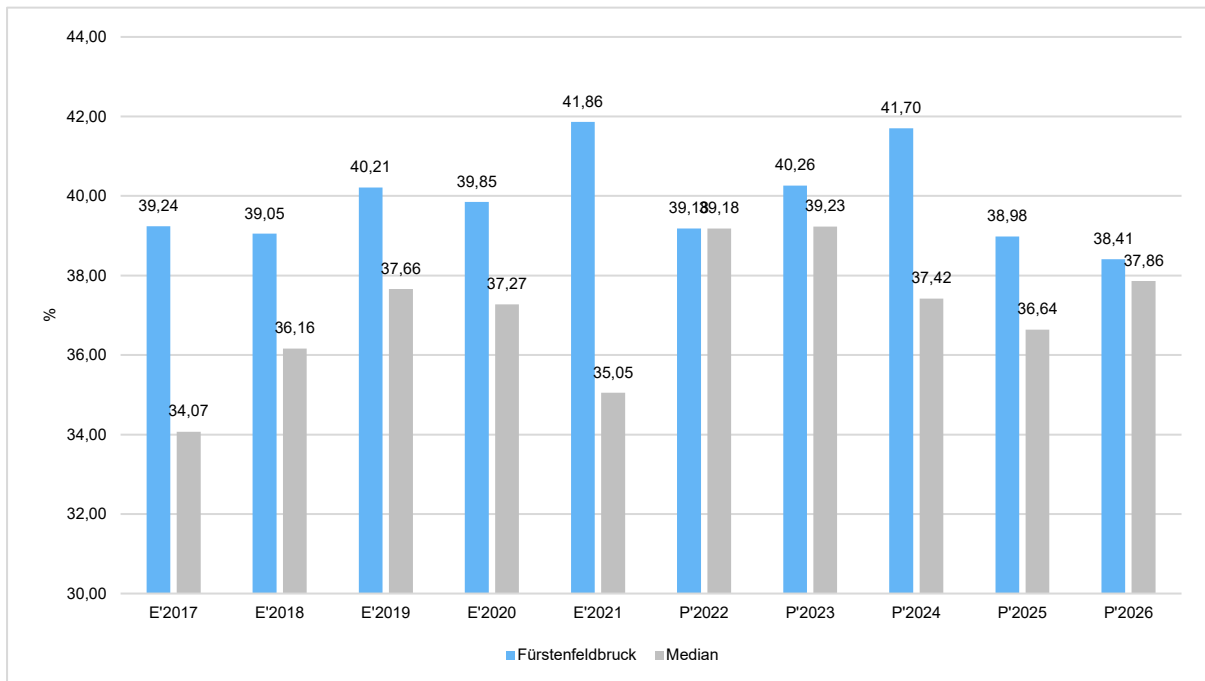




Anteil der Kreisumlage an den Erträgen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen

Um die Belastung durch die Kreisumlage objektiver beurteilen zu können, wird sie nachfolgend ins Verhältnis zu den Erträgen aus Steuern (ohne Ausgleichsleistungen) und Schlüsselzuweisungen gestellt.

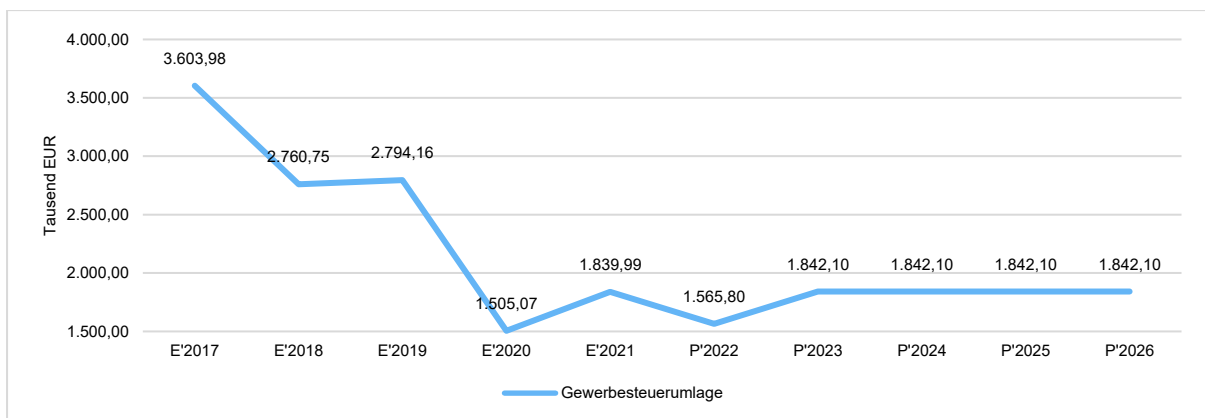
Die Kennzahl bringt zum Ausdruck, wieviel Prozent der Erträge aus Steuern und Schlüsselzuweisungen durch die Kreisumlage wieder aufgezehrt werden.



2.5.3.2 Gewerbesteuerumlage

Gegenüber dem Vorjahresplan und in der langfristigen Entwicklung ergibt sich folgendes Bild:

	Plan 2022	Plan 2023	Abw. abs.
Gewerbesteuerumlage	1.565.800	1.842.100	276.300 ↗

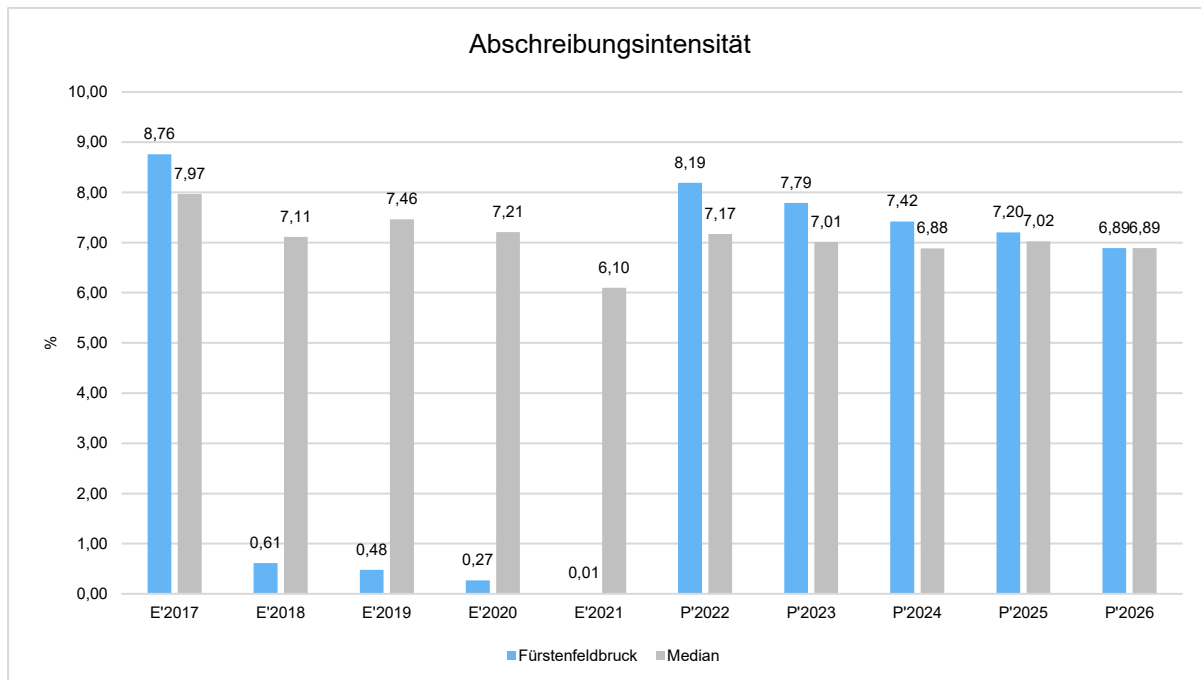




1.5.4 Abschreibungen

Die Abschreibungen sind in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	8.556	7.566.100	7.678.900	7.300.900	6.931.600	6.663.200
<i>davon Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens</i>	--	438.300	466.400	417.500	381.100	362.600
<i>davon Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude</i>	1.491	3.594.800	3.517.100	3.478.100	3.361.600	3.292.400
<i>davon Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen</i>	453	2.314.000	2.410.400	2.313.300	2.271.100	2.214.700
<i>davon Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge</i>	3.274	511.900	470.200	440.400	395.400	352.600
<i>davon Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	3.337	707.100	814.300	651.600	522.400	440.900
Abschreibungen auf das Umlaufvermögen	40.725	--	--	--	--	--
Sonstige Abschreibungen	--	12.900	12.800	11.200	11.200	11.200
Summe	49.280	7.579.000	7.691.700	7.312.100	6.942.800	6.674.400



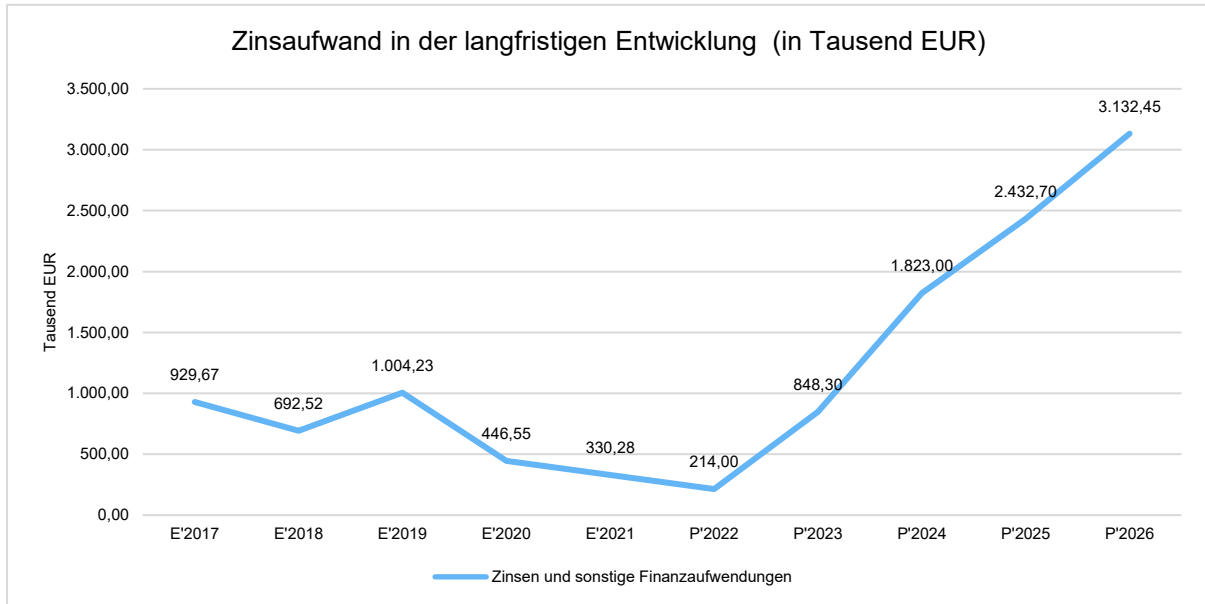
Hinweis: Endgültige Buchung und Darstellung der Abschreibungen für die Jahre 2018-2021 erfolgt erst mit Erstellung der Jahresabschlüsse.



1.5.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

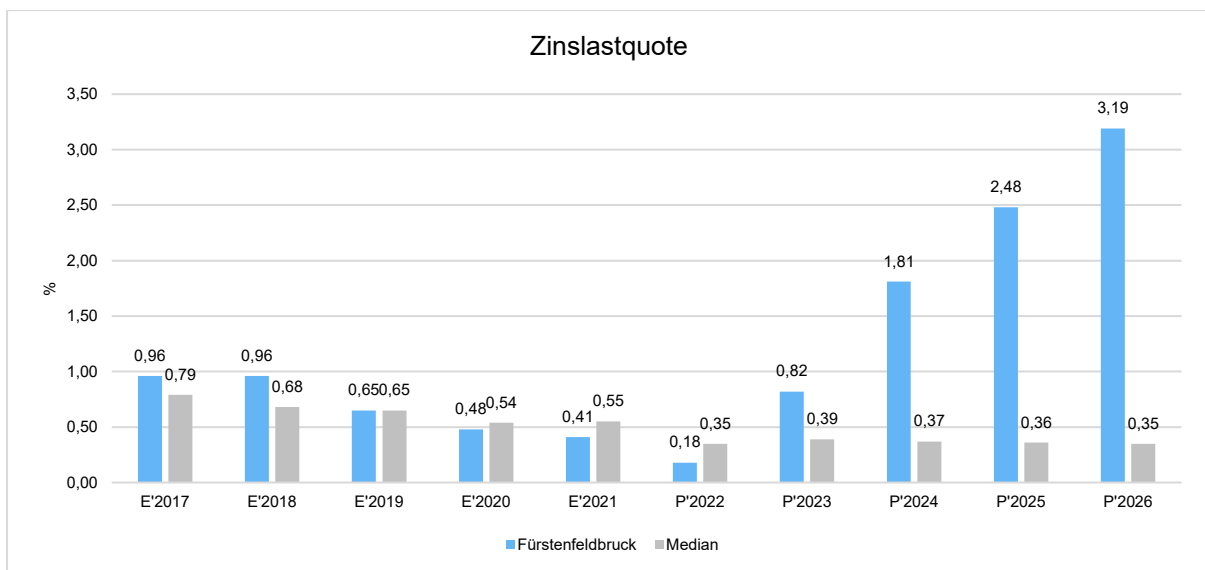
Die Entwicklung bei den Zinsen und den sonstigen Finanzaufwendungen stellt sich wie folgt dar:

	Plan 2022	Plan 2023	Abw. abs.
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	214.000	848.300	634.300



Zinslastquote

Die Zinslastquote bildet das Verhältnis der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen zum ordentlichen Aufwand ab. Sie zeigt auf, wie hoch die Belastung des Haushaltes durch Zinsaufwendungen ist.





1.6 Ergebnis

Aus den oben dargestellten Erträgen und Aufwendungen ergibt sich folgendes Ergebnis, was nachfolgend im Vergleich zur Planung des Vorjahres abgebildet wird:

	Plan 2022	Plan 2023	Abw. abs.
Ergebnis laufender Verwaltungstätigkeit	-1.263.850	-1.572.650	-308.800 ▼
Finanzergebnis	335.450	-735.850	-1.071.300 ▼
Ordentliches Ergebnis	-928.400	-2.308.500	-1.380.100 ▼
Jahresergebnis	-928.400	-2.308.500	-1.380.100 ▼

Das Ergebnis wird sich nach dem derzeitigen Stand der mittelfristigen Planung wie folgt entwickeln:

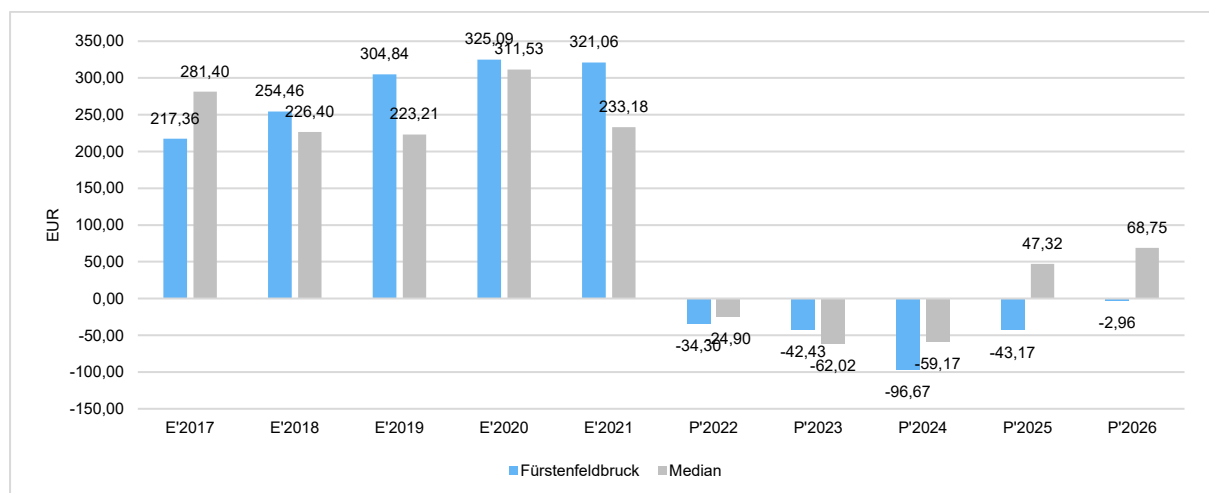
	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Ergebnis laufender Verwaltungstätigkeit	11.899.475	-1.263.850	-1.572.650	-3.582.900	-1.597.400	-109.350
Finanzergebnis	216.128	335.450	-735.850	-1.734.050	-2.343.750	-3.043.500
Ordentliches Ergebnis	12.115.603	-928.400	-2.308.500	-5.316.950	-3.941.150	-3.152.850
Außerordentliches Ergebnis	-69.601	0	0	--	--	--
Jahresergebnis	12.046.003	-928.400	-2.308.500	-5.316.950	-3.941.150	-3.152.850

Maßgeblich im Rahmen des Jahresergebnisses sind das ordentliche Ergebnis sowie das Finanzergebnis. Nachfolgend werden hierzu die Entwicklungen anhand von Kennzahlen verdeutlicht:

Ordentliches Ergebnis je Einwohner

Die Kennzahl stellt das ordentliche Ergebnis ins Verhältnis zur Einwohnerzahl. Hierbei fließen das Finanzergebnis sowie das außerordentliche Ergebnis nicht ein.

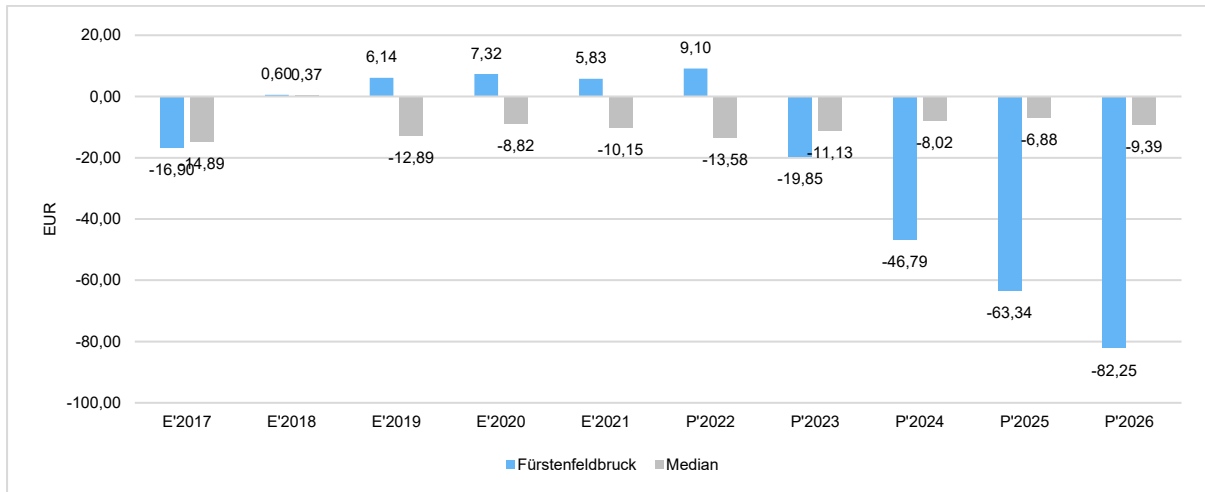
Die Kennzahl bringt zum Ausdruck, welches Ergebnis aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb heraus erwirtschaftet wird.





Finanzergebnis je Einwohner

Die Kennzahl stellt ausschließlich das Finanzergebnis, d.h. Aufwendungen und Erträge aus Finanzierungstätigkeit (z.B. Zinsaufwand und Zinserträge) ins Verhältnis zur Einwohnerzahl.



1.7 Finanzplan

Die Eckdaten des Finanzplans stellen sich wie folgt dar:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	89.316.239	87.815.600	93.068.200	90.966.300	90.918.150	92.831.000
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	75.245.007	83.696.800	91.449.900	91.639.950	90.485.200	91.792.350
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.071.232	4.118.800	1.618.300	-673.650	432.950	1.038.650
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.887.779	11.905.800	15.804.200	13.749.750	12.505.250	14.124.300
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	19.171.036	41.879.450	41.690.150	34.359.500	25.086.000	19.077.500
Saldo aus Investitionstätigkeit	-16.283.257	-29.973.650	-25.885.950	-20.609.750	-12.580.750	-4.953.200
Finanzmittelüberschuss /- fehlbetrag	-2.212.025	-25.854.850	-24.267.650	-21.283.400	-12.147.800	-3.914.550
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.351.700	16.622.350	28.025.150	26.119.850	15.209.250	8.052.600
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4.712.747	767.500	3.757.500	4.836.450	3.061.450	4.138.050
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-3.361.047	15.854.850	24.267.650	21.283.400	12.147.800	3.914.550
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	-5.573.073	-10.000.000	0	0	0	0



1.7.1 Investitionstätigkeit

Nachfolgend wird die Zusammensetzung der investiven Ein- und Auszahlungen im mittelfristigen Betrachtungszeitraum abgebildet:

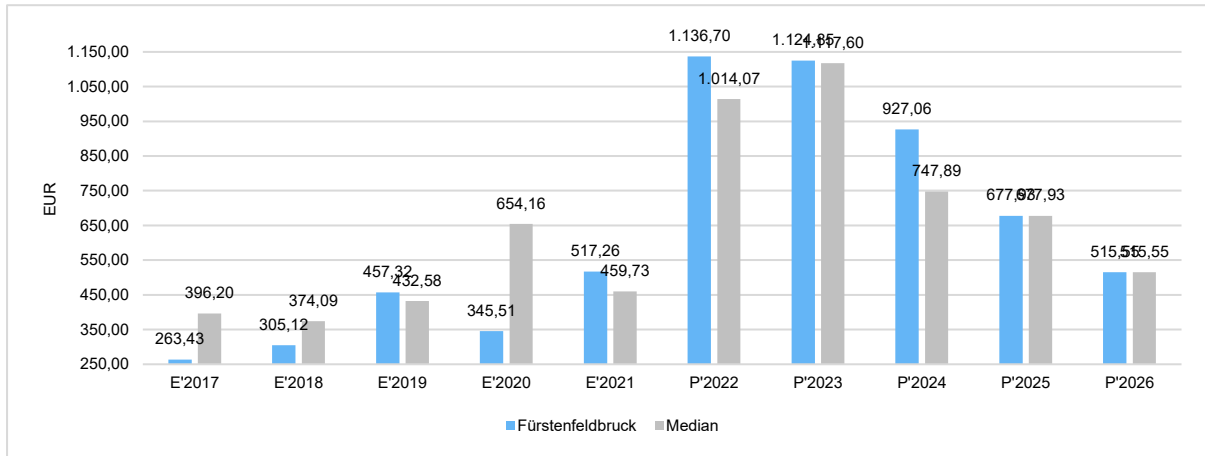
Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Investitionszuwendungen	2.322.854	11.641.100	13.524.000	7.886.050	4.541.550	3.163.100
Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	19.336	0	1.500.000	5.400.000	7.750.000	10.100.000
Einzahlungen aus Veräußerung von immateriellem und beweglichem Sachanlagevermögen	61.226	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
Rückflüsse von Ausleihungen	27.580	23.200	698.700	12.200	12.200	9.700
Beiträge und ähnliche Entgelte	456.782	240.000	80.000	450.000	200.000	850.000
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	2.887.779	11.905.800	15.804.200	13.749.750	12.505.250	14.124.300
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	4.430.543	1.927.100	3.304.500	10.269.000	2.769.000	269.000
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.758.511	4.057.000	4.765.000	1.800.000	1.480.000	1.480.000
Auszahlungen für Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachanlagevermögen	1.746.943	4.223.850	3.462.400	1.947.000	805.000	1.249.000
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	--	40.000	--	--	--	--
Auszahlungen für Baumaßnahmen	11.235.039	30.955.000	30.142.250	20.343.500	20.032.000	16.079.500
Gewährung von Ausleihungen	--	676.500	16.000	--	--	--
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	19.171.036	41.879.450	41.690.150	34.359.500	25.086.000	19.077.500
Saldo aus Investitionstätigkeit	-	-	-	-	-	-4.953.200



Investitionsauszahlungen je Einwohner

Einwohnerbezogen stellen sich die Investitionsauszahlungen wie folgt dar:

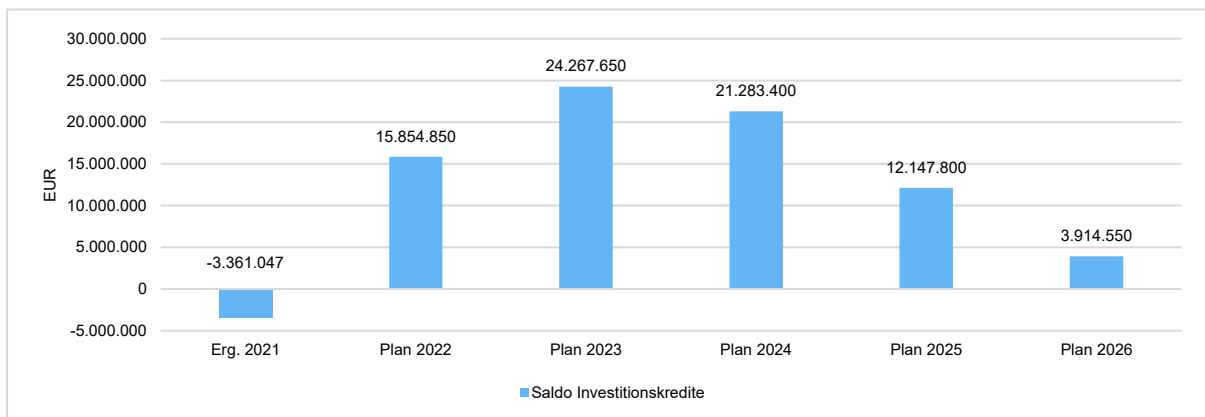


1.7.2 Finanzierungstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit im Betrachtungszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung:

	Erg. 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Kreditaufnahmen für Investitionen	1.351.700	16.622.350	28.025.150	26.119.850	15.209.250	8.052.600
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit gesamt	1.351.700	16.622.350	28.025.150	26.119.850	15.209.250	8.052.600
Tilgung von Krediten für Investitionen	4.712.747	767.500	3.757.500	4.836.450	3.061.450	4.138.050
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit gesamt	4.712.747	767.500	3.757.500	4.836.450	3.061.450	4.138.050

Aus der Neuaufnahme und der Tilgung von Investitionskrediten lässt sich bei dieser wichtigen Größe in den einzelnen Jahren folgende Veränderung ableiten:





1.8 Bilanz - Entwicklung von Vermögen und Schulden

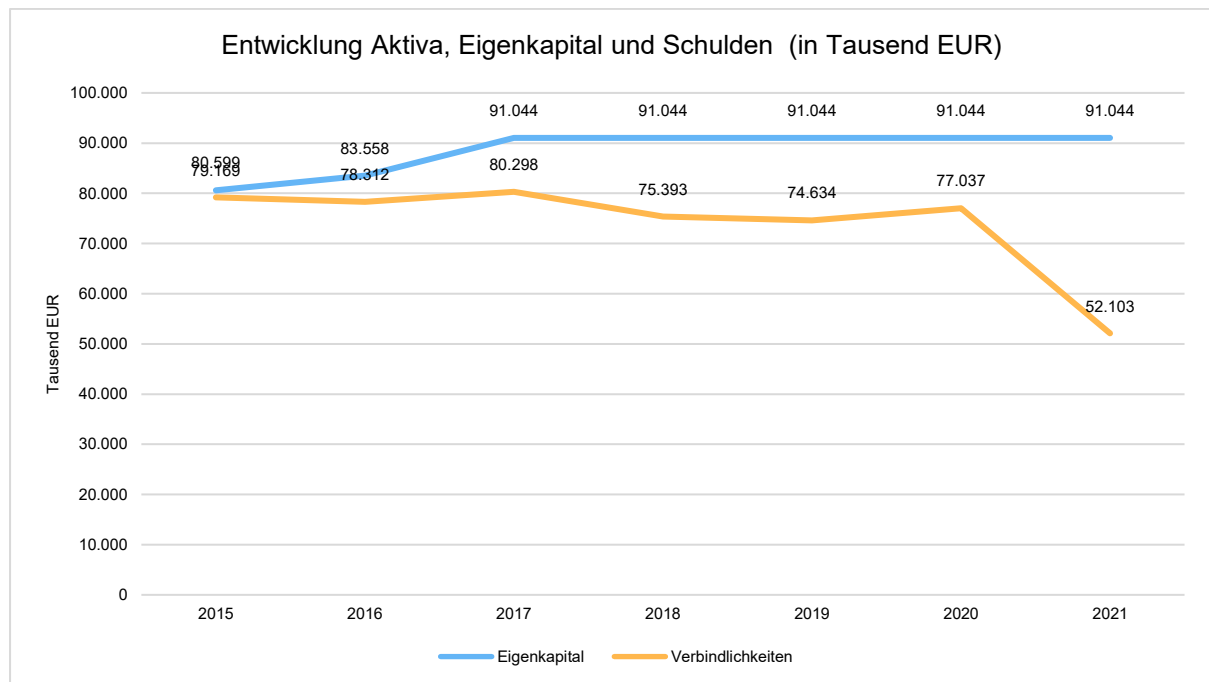
Wie bereits dargestellt, haben die Ergebnisse von Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt Einfluss auf die kommunale Bilanz. Da eine Plan-Bilanz haushaltsrechtlich nicht vorgesehen ist, werden nachfolgend die wesentlichen Bilanzpositionen der zurückliegenden Haushaltsergebnisse dargestellt.

Die Tabelle zeigt das Bilanzvolumen (Aktiva), also das kommunale Vermögen, sowie dessen Finanzierung auf der Passivseite. Das Eigenkapital wird zudem in seiner Zusammensetzung dargestellt, weil die Entwicklung der Rücklagen für die Frage der Haushaltssicherung relevant ist.

Bilanzpositionen / Euro	2018	2019	2020	2021
1 - Anlagevermögen	221.838.687	237.156.544	249.354.182	269.994.071
2 - Umlaufvermögen	36.180.474	38.446.650	37.801.691	37.656.445
3 - Aktive Rechnungsabgrenzung	17.681	41.433	22.711	33.746
1 - Eigenkapital	91.043.830	91.043.830	91.043.830	91.043.830
2 - Sonderposten	61.810.607	63.576.367	65.112.835	66.771.022
3 - Rückstellungen	17.414.288	17.455.994	17.482.960	43.653.326
4 - Verbindlichkeiten	75.393.312	74.633.856	77.037.224	52.103.056
5 - Passive Rechnungsabgrenzung	2.054.850	2.036.027	2.041.813	2.041.813

Bilanz - Entwicklung von Aktiva, Eigenkapital und Verbindlichkeiten

Die Grafik zeigt die langfristige Entwicklung des kommunalen Vermögens (Aktiva) sowie dessen Finanzierung über die wesentlichen Positionen Eigenkapital und Verbindlichkeiten.





1.9 Beurteilung der Stadtkämmerei

Wenngleich die jüngere Vergangenheit entgegen der – zum jeweiligen Zeitpunkt aber durchaus als vorsichtig-realistisch anzusehenden – negativen Prognosen zur Haushaltslage ein durchaus erfreuliches Ergebnis der städtischen Finanzlage zeigt, ist zu viel Optimismus auch jetzt fehl am Platz.

Die Corona-Pandemie liegt zwar aus medizinischer Sicht hinter uns und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat keinen übergroßen Schaden genommen, dennoch können negative Auswirkungen auf die Gewerbesteuer in Einzelfällen noch immer nicht ausgeschlossen werden.

Gleichzeitig läuft der Krieg Russlands gegen die Ukraine seit einem Jahr, mit den bereits dargestellten Auswirkungen auf die Energiepreise und die Inflation. Hinzu kommt eine neue Welle Schutzsuchender mit den damit verbundenen sozialen, gesellschaftlichen und auch finanziellen Herausforderungen. Ob die Tatsache, dass in Kürze moderne deutsche Kampfpanzer in diesem Krieg eingesetzt werden zu einer weiteren Eskalation oder einem schnelleren Kriegsende beitragen, wird die Zukunft zeigen.

Auch die zunehmenden Spannungen zwischen China und den USA könnten mittelfristig weitere negative Auswirkungen auf die Sicherheitslage und die wirtschaftliche Entwicklung haben.

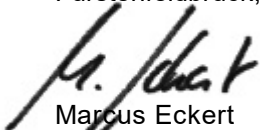
Bei aller globalen Krisenlage gilt es daher die Balance zwischen sinnvollen und nutzenstiftenden Investitionen für ein lebenswertes Fürstentum Fürstfeldbruck und vorsichtigem, sparsamen Wirtschaften zu finden, um auch für künftige Herausforderungen noch Reserven zu haben.

Denn leider wachsen die städtischen Einnahmen nicht annähernd im Gleichklang mit den Ausgaben und den vielfach geäußerten Wünschen im Wahlkampf.

So bleibt am Ende immer die Mahnung Ludwig Erhardts:

"Jeder Versuch, im Zeichen vermeintlicher Wohlfahrt aus wohlthätiger Gesinnung mehr Geld auszugeben, als dem Fiskus aus Einnahmen zufließt, verstößt gegen gute und bewährte Grundsätze."

Fürstentum Fürstfeldbruck, 23.02.2023



Marcus Eckert
Stadtkämmerer